

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Brunnengasse 1/6, und durch Postportale zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.00, wo keine Postanschl. M. 2.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellung des „Volkswacht“ kann jederzeit durch die Expedition, Neue Brunnengasse 1/6, erfolgen. Die Expedition ist für die Abnahme der Bestellungen verantwortlich.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 238.

Freitag, den 12. Oktober 1906.

17. Jahrgang.

Die Kommunalpolitik der Arbeiter.

Von einem Kommunalprogramm der Sozialisten verlaute in dem Artikel der „Volkswacht“ nichts, so schreibt in der „Breslauer Morgenzeitung“ deren Lokalchronist in seiner nichtsfagenden Kritik über unseren gestrigen Leitartikel. Der biedere Herr scheint nicht allzu lange den kommunalen Parteiverhältnissen von Breslau seine Aufmerksamkeit gewidmet zu haben, sonst müßte er wissen, daß gerade die „Volkswacht“ bereits früher und bis in die letzte Zeit hinein ihr Kommunalprogramm in unzähligen Artikeln mit aller nur wünschenswerten Klarheit darzulegen hat. Ist ein Aufsatz, den wir in voriger Woche an dieser Stelle veröffentlichten, unsere programmatischen Forderungen noch einmal in großen Zügen zusammengefaßt hat.

Wenn dem neuen Herrn in der „Morgenzeitung“ aber bisher nicht die Möglichkeit geboten war, sich aus der „Volkswacht“ über das Kommunalprogramm der Sozialdemokraten zu unterrichten, dann — so sollte man wenigstens meinen — wäre es nun erst recht seine Pflicht, als publizistischer Hüter und Nährvater unseres biederen Kommunal-Freistritts gewesen, in die beiden Wählerverfassungen zu gehen, die am Dienstag und Mittwoch von der sozialdemokratischen Parteileitung veranstaltet worden sind. Dort hätte der Herr alles gehört, was die Sozialdemokratie von den Kommunen verlangt, und der von ihm geforderten „positiven Verbesserungsvorschläge“ wären ihm die helle Menge entgegen getreten. Wenn wir heute die Grundgedanken aus den Ausführungen unseres Genossen E.irsch hier wiederholen, so geschieht das nicht, weil wir hoffen, den Kommunalpolitiker der „Morgenzeitung“ von der Nichtigkeit unseres Programms zu überzeugen, sondern es geschieht zu Ruh und Frommen aller der Genossen, die aus irgend welchen Gründen verhindert waren, in einer der Versammlungen zu erscheinen.

Wenn wir uns die Frage vorlegen, so führte Genosse Eirsch aus, warum die sozialdemokratische Arbeiterpartei allen Anlaß habe, sich an den Stadtverordnetenwahlen zu beteiligen, so ist es von vornherein klar, daß diese Wahlen ebenso wie die zum Reichstage oder zum Landtage unter dem Zeichen des Klassenkampfes stehen, ja vielleicht noch in höherem Maße. Auch hier steht die Arbeiterpartei allein den übrigen, den bürgerlichen Parteien gegenüber. Für alle von uns, die sich mit kommunalpolitischen Fragen beschäftigen, ist es außer Zweifel, daß in den Gemeindevertretungen deshalb die Klassengegenstände schärfste auseinander geraten müssen. Nicht Fragen der großen Politik sind hier zu behandeln, sondern die Fragen des Richtumsinteresses, die aber gerade deswegen uns alle am ehesten berühren. Nirgendwo sind die Vertreter der bestehenden Klassen darauf bedacht,

Vorteile für ihre Klasse zu ergötzen, und nirgendwo ist ihnen so große Möglichkeit dazu gegeben, wie in den Stadtparlamenten. Und hierbei kommt ihnen das Wahlrecht zu Hilfe. Dieses Dreiklassenwahlrecht, das nicht nur vielen Tausenden von Proletariern ein Mitbestimmungsrecht verleiht, sondern selbst den wahlberechtigten Arbeitern in Breslau ein mehr denn sechzig Mal geringeres Wahlrecht verleiht wie den Reichen, fällt bei den Wahlen der Stadtverordneten-Wahlen zum auch nur einigermaßen reinen Ausdruck gelangen kann. Die Zusammensetzung der Stadtverordneten-Versammlung widerspricht einfach direkt der Zusammensetzung der Wählermassen.

Dazu kommt noch das Hausbesitzer-Privileg, das den Grundbesitzern von vornherein die Hälfte aller Stadtverordneten-Sitze zuschreibt. Das dieses Privileg veraltet und ungünstig ist, das hat auch unsere Regierung schon längst anerkannt; sie hält aber trotzdem daran fest, weil sie zugleich bekannt hat, daß dieses Privileg ein Bollwerk gegen das zu starke Eindringen der roten Flut in die Stadtparlamente ist.

Welches sind nun die Aufgaben der Stadtparlamentarier? Ihre Wirkungskreis ist ein beschränkter, insofern als sie nicht in der Lage sind, Gesetze zu schaffen, sondern sie können nur auf der Grundlage der bestehenden Gesetze versuchen, was im Interesse der Bürgerschaft nun zu erreichen ist. Hierin besitzen die Gemeinden ein gewisses Selbstverwaltungsrecht, aber meist ist es auch nur auf dem Papier da. Bei jeder Gelegenheit konstruiert sich die Regierung ein Recht heraus, mit hineinreden zu dürfen. Die Mitglieder der verschiedenen für eine Stadtverwaltung so überaus wichtigen Deputationen, z. B. Schuldeputationen usw., unterliegen dem Bestätigungsrecht der Regierung. Und dieses Bestätigungsrecht wird wiederum von der Regierung dazu benutzt, die Tätigkeit der Sozialdemokraten in den Stadtparlamenten nach Möglichkeit lahm zu legen.

Unter den einzelnen Aufgaben der Kommunen, die den Arbeiter besonders interessieren, finden wir zunächst das Volksschulwesen. Die Arbeiterpartei hat das lebhafteste Interesse daran, daß die Kinder des Proletariats in den Schulen das lernen, was sie für ihren späteren Lebenskampf unbedingt brauchen. Das ist aber in der heutigen Volksschule unmöglich. Auf den Lehrplan haben die Stadtverwaltungen nun zwar keinen Einfluß, der wird von der Regierung vorgeschrieben. Aber trotzdem haben die Gemeinden die Möglichkeit, sehr erhebliches für ihre Volksschulen zu tun. Bis jetzt freilich geschieht herzlich wenig davon. Wenn die Volksschule auf die Höhe gebracht werden soll, auf die sie gehört, dann darf sie nicht länger eine Armenschule bleiben, sondern sie muß endlich einmal eine wirkliche Volksschule werden, eine Schule für alle Kinder des Volkes. Die Sozialdemokraten fordern, daß sämtliche Kinder im schulpflichtigen Alter der Volksschule besuchen. Das ist allerdings keine rein sozialdemokratische Forderung, sondern eine Forderung der Demokraten, deren Führer Franz Hegler, bereits im Jahre 1849 sagte:

„Wir hatten Armenschulen, allein seit einem halben Jahr ist es dahin gekommen, anzubahnen, daß wir keine mehr haben. Ich halte Armenschulen für eine Schmach; es ist schändlich, daß der Knabe schon von seinen Nachbargespellen getrennt werden soll wegen seiner Armut; es gibt nichts Schändlicheres, als jemanden den Begriff der Armut schon in die Schule mitzugeben. Es kann also nur eine Schule geben, und es ist ganz gerecht, daß gar kein Schulgeld ge-

geben werden soll. Das ist ja ganz verkehrt, daß der Mann, der sieben Kinder dem Staate erzieht, siebenfach soviel Steuern zahlen muß, als der, der nur eins hat, und daß der Gageholz ganz leer ausgeht.“

Heute freilich haben die Freisinnigen längst ihre alten Traditionen vergessen; aber die Sozialdemokratie hat sie aufgenommen, und sie hält daran fest, weil wir wissen, daß dann, wenn auch die Kinder der Bourgeoisie die Volksschule besuchen müssen, diese recht bald auf jene Höhe gebracht werden wird, die wir von ihr verlangen. Heute aber klammern sich die bürgerlichen Klassen vorwiegend um die höheren Schulen; der Zuschuß, den die Stadt für jeden Volksschüler jährlich leistet, beträgt 75 Mark, für jeden höheren Schüler aber 246 Mark.

Wir fordern aber nicht nur die allgemeine Volksschule, wir gehen noch weiter und verlangen, daß alle diejenigen Kinder, von denen die erforderliche Befähigung festgestellt wird, ganz allgemein auf kommunale Kosten in die höheren Schulen zugelassen werden, damit diese nicht ein Privileg der Wohlhabenden bleiben. Wir fordern auch ferner die Vermittelfreiheit, wie sie in Stuttgart z. B. bereits durchgeführt ist. Freie Vermittler werden ja schließlich auch bei uns schon den Eltern, die ihre völlige Mittellosigkeit nachweisen, gewährt; aber wir wollen verhindern, daß die Eltern erst darum einen Bittgang antreten müssen, wir verlangen vor allem die Vermittelfreiheit, damit die Schüler, die solche empfangen, nicht sofort von ihren Mitschülern als „arme“ Kinder gekennzeichnet werden. Und um die sozialen Gegensätze nicht schon in der Schule auf einander stoßen zu lassen, verlangen wir auch die freie Bestätigung aller Schulkinder während der Schulzeit. Es ist eine den Lehrern bekannte Tatsache, daß viele Kinder wegen der erbärmlichen wirtschaftlichen Lage ihrer Eltern zu schwach und zu müde sind, dem Unterricht zu folgen. Was wir hier fordern, ist ebenfalls keine sozialdemokratische Zukunftsaufforderung. In der Heeres-Schule ist es bereits erfüllt. Wir verlangen ferner die Errichtung von Waldschulen für schwache Schüler und manches andere. Die Kosten für alle diese Einrichtungen sind durchaus nicht so erhebliche, als man uns immer weiß machen will. Wo diese Einrichtungen bereits eingeführt sind, zeigt es sich überall, daß sich diese Ausgaben sehr wohl bezahlt machen.

Wichtig ist auch das Gebiet der Arbeiterpolitik. Die Gemeinden sind sehr große Arbeitgeber. Sie sollen den Privatindustriellen als gute Muster vorangehen, nicht aber soll es umgekehrt geschehen, daß die Städte ihren Arbeitern jede Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit Rücksicht darauf versagen, weil die Privatunternehmer sonst folgen müßten. Auch wo die Gemeinde indirekt, bei Vergebung von Arbeiten, auf die Unternehmerschaft einen Einfluß habe, ist es ihre Pflicht, für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen der bei diesen Unternehmern tätigen Arbeiter einzutreten. Hier aber zeigt es sich am deutlichsten, daß auch in den kommunalen Parlamenten nach Klassen- und Interessenpolitik getrieben wird. Wir verlangen daher für die städtischen Arbeiter eine bessere Entlohnung, die nicht noch womöglich unter dem Durchschnitte der Privatindustrie steht, und wir verlangen eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 oder doch wenigstens 9 Stunden, damit die Arbeitszeit nicht noch länger ist, als in der Privatindustrie. Die kleinen Palliativmittel haben hier keinen Wert. Auch die Alters- und Relikten-Versorgung der städtischen Arbeiter bedeutet nur Sand in die Augen der Öffentlichkeit,

Genossen! Gedenkt des Stadtverordneten-Wahlfonds!

Das Weiberdorf.

Roman aus der Eifel von Clara Viebig.

25] (Nachdruck verboten.)

Vor Freuden hüpfend, eilte sie zurück in ihre Hütte; sie küßte und betrauerte das Josefchen in der Wiege; wiederholte es sich ein, daß sie nicht rühren konnte, und steckte ihm den Zulp mit gekautem Brot in's Mäulchen.

„Jetzt rasch ein Tuch um die Schultern gehängt und dann an die Kammertür geklopft. „Pittchen, adjes! Ich gieh berweil!“

Drinnen fuhr einer erschrocken auf, wie aus tiefem Schlaf, man hörte den Schemel umpölkern.

„Ich gieh nao Oberfall, adjes!“ Sie wartete keine Sekunde ab, schnell war sie auf und davon; die Tür ließ sie in der Eile offen, ein harter Zugwind blies in's Haus.

Als sie mit ihrem Begleiter die Höhe an Schwarzenborn hinaufflog, folgten ihr viel neidische Blicke.

Was wollte die denn mit dem? Die hatte ja zu Hause einen Mann! Die Weiber standen zusammen, Enttäuschung und Aerger in den Mienen, und schimpften hinter ihr drein; heute wurde Lucia Mißfert von allen gehaßt.

Lina schmähte, gegen ihre sonstige Gewohnheit, wenig; sie lahnte merklich mit dem linken Fuß. Auf den hatte ihr die Zeit gestern den Schemel geworfen; da hatte sie ordentlich Respekt bekommen.

Als es dunkelte, schlich sich Lina zu Mißferts Hütte, sie hörte ihn drinnen poltern und schlafen.

Vor einer Viertelstunde war Peter erst aus der Kammer gekommen; sein blaßes Gesicht zeigte Schlarlatrote, abgegrenzte Flecken auf den Backenröcken, seine Augen, die tief in den Höhlen lagen, glänzten übernatürlich.

„Zeit!“ schrie er aufgeregt, „Zeit!“ Für heute war er fertig, und nun mußte er einen Menschen haben, mit dem er reden konnte, einerlei was, nur reden, reden! Eine tolle Narbe quälte ihn.

„Zeit!“ schrie er, daß die Wände widerhallten. Sie antwortete nicht, nur das Josefchen winnerte, halberstarrt in seiner festen Umwidlung.

Die Tür stand sperrangelweit offen, eisalt war's in der Stube — die Zeit nicht da, wo war sie?

Verdrikt fuhr er sich über die Stirn — hatte sie's ihm denn nicht augenscheinlich „nao Oberfall“ —?

Wie ein Keulenknall traf es ihn in's Gesicht; er brüllte auf: „Naoo Oberfall!“

Und mit wem —?! Hatte er denn keine Ohren gehabt, keinen Verstand?! Wie ein Wahnsinniger rannte er in der Stube umher — nach, ihr nach! Er wollte sich anziehen und fand seine Sachen nicht, während warf er alles durcheinander; am liebsten hätte er geweint wie ein altes Weib.

Da kam Lina.

Erst war er groß, sie ließ sich nicht abschrecken; schlau wie ein Ruchgen umschmeichelte sie ihn. Sie küßte ihn und streichelte ihn; sie sah schon aus in dem Sonntagskleid, mit dem goldenen Kamm in den Haaren und frisiert wie ein Fräulein.

Er wurde schwach. Und hatte er denn nicht auch verprochen, sie mitzunehmen?!

Sie drängte ungeduldig zum Ausbruch. Nur so viel Zeit ließ sie ihm noch, daß er von neuem Feuer anzündete und das Kind loswickelte; die Zeit hatte es ja eingepaßt, daß es erstickten mußte.

Dann gingen sie mit einander fort, aber Peter verschloß das Haus sorgfältig und legte sogar die morschen Läden vor.

Sie waren kaum zwanzig Schritte weit, da rief die Zeit sie an; die hatte wohl hier auf der Lauer gelegen. Sie war vollständig zum Gehen gerüstet, nur die schönen blonden Haare trug sie unbedeckt, als goldig umfließende Fäden webten sie im Herbstwind. Sie sagte, sie wolle auch nach Oberfall, und schloß sich ihnen an, ohne weiter aufzufordern zu sein.

Die schwarze Brun war auch nicht weit. Wenn Lina auch ein noch so wütendes Gesicht machte, die beiden hobten sich an Pittchens andere Seite.

Und so fanden sich ihrer noch mehrere ein. Die Steffes kam daher, ganz sitzamtlich ihr Überdache an der Hand führend; gleich darauf die Kraut, die immer noch ein besonders Anrecht auf Pittchen geltend machte, von früher her.

Als sie endlich die Chauffee gen Schwarzenborn hinaufflogen, trabte Pittchen inmitten von zehn Weibern. Als letzte hatte sich die kleine Wila eingefunden, atemlos war sie nachgezogen in ihrem klatternden kurzen Rock. „Lina, waert! Waert!“ Sie freilich immerfort: „Gedao, es saon et! Dau sollt net allein gieh!“ Lina, Lina!

Zuletzt hing sie sich dem Peter an den Rockschopf.

Die letzten Richter von Oberfall schimmerten wie verregnete Glühwürmchen durch die Finsternis, als die Eifelwälder dunkeln. Es war spät, gegen Mitternacht, und noch hatten sie eine gute Stunde Wegs.

Ihre Gesichter glühten trotz des schärften Bergwindes, der die Haut schnitt wie mit Messern; ihre Weiber wählten, bei klatterndem gleich Fledermausflügeln. Niemand konnte irgends einen Vaterne; aber sie löschte bald aus; nur der Wind, der für

Augenblicke zwischen jagenden Wolken hervorlugte, zeigte den Weg. Er war ein sehr unsicherer Führer — jetzt verfiel er ganz; mit Getöse drängten sich die Weiber in der tiefen Dunkelheit an Pittchen. Wohin der tappte, weiche Weiber.

Das war ein „Zug“ gewesen zu Oberfall!

Als der Peter mit seiner Eskorte angekommen war, tanzten sie schon; mitten im besten Knäuel drehte sich die Zeit. Sobald sie ihren Mann erblickte, ließ sie ihren Länger, den Gendarmen, stehen und ließ lachend auf Pittchen zu. Dieser aber tat paßig, sah sie gar nicht an und tanzte los mit einem herausfordernden Lächeln. Und als er gar Aufseherin kommen ließ und die Eifelwälder Damen traktierte, war er König des Tanzbodens; die bunten Bauernburschen von Oberfall trauten sich ihm nicht in's Gehege, von denen hatte ohnehin jeder sein Mädchen mitgebracht.

Pußig, lustig! So toll hatte es der Peter noch nie getrieben; sein lahmes Bein schien vergessen, er sprang wie ein jähriges Kalb, immer gab ihm was inwendig einen Peitschenknall: „Sü, hott, trab, trab!“ Gestachelt durch Pferschnacht geschmeichelt von der Bewunderung, gelacht von — was war es nur, das ihn so hegte?

Er schwang die Lina und die Zeit, er schwang die Brun und die Kraut — alle. Erst gab es ihm einen schmerzhaften Stich, wenn er sah, wie der Gendarm und die Zeit sich gar nicht losließen; dann ging alles unter in einem wilden Dufel.

Der letzte Strophen von dem Vorwurf, den er vom gefälligen Herrn auf seine Arbeit erlitten, war verbuddelt; was kümmerte es ihn, er schrie immer wieder nach Bier, Schnaps und Wein, und ließ es auf Rechnung schreiben.

Jede drängte sich dazu, mit ihm zu tanzen; jeder mußte es zutrinken. Rechts hatte er die Lina neben sich, um den Platz an seiner Linken stritten sich Brun und Zeit erdittert mit der Kraut; zuletzt wurden sie davon einig, sie sahen nachgehender ihre Zeit ab. Sie schmeichelten ihm alle, er tat mit jeder schön; zuletzt konnte er sie nicht mehr von einander unterscheiden. Keine nahm's ihm übel, sie waren schon alle halb voll.

Wila war zuerst abgefallen. Sie hing plätsch, mitten im Saalen, laut an zu weinen, legte den Kopf auf den Tisch und schluchzte, daß es sie stieß. Als jemand nach einer Weile sie aufrichten wollte, fand sie wieder schwer vornüber; sie schielte unheimlich um das hörende Gekläpper des anderen und das Gedudel der Musik.

Während Augen herum trill und gefiel, wie die eines toten Schellfisches. Er sah nicht mehr, daß der Lina Gendarm trübten mit Zeit in einer Ecke sah und ihr Bein und Augen schielte, er meinte nicht, daß sie mit einem anderen tanzen würde. (Fortsetzung folgt.)

so lange für diese nicht ebenso wie für die Beamtenpositionen ein fester Lohn festgesetzt wird.
Ein weiteres Gebiet der Kommunalpolitik ist das der Gesundheitspflege. Hier begehrt das Interesse der Gemeinden durchwegs mit dem der Arbeiterschaft. Die Gesundheitspflege soll einmal verhindern, daß Seuchen ausbrechen, und ihre Abwehr durch Beschäftigung der von Krankheiten Geheilten zu fördern. In Bezug auf die vorbeugende Gesundheitspflege ist zuzugeden, daß viel — nicht zuletzt auf sozialdemokratische Anregung hin — bereits von den Gemeinden getan worden ist. Besonders wichtig ist die Tätigkeit der Gemeinden im Kampf gegen die Schwindsucht. Es ist Aufgabe der Gemeinde, alle die Einwohner, bei denen die ersten Anzeichen der Tuberkulose sich zeigen, sofort, eventuell auf subventionelle Kosten, den Heilanstalten zu überweisen. Rührigste sind hier die Einrichtungen der Stadt Charlottenburg, die eine besondere Fürsorge für die Tuberkulose zur Dämpfung der Tuberkulose geschaffen hat. Von den entstehenden Ausgaben hat die Stadt nur Vorteile, denn nicht nur der Armenanteil wird dadurch erheblich entlastet, die Steuerfähigkeit vieler Einwohner wird dadurch erhalten und gehoben. Schon bei den Kindern von Tuberkulösen hat diese Fürsorge eingeleitet.

Hierher gehört auch der Ausbau der Säuglingsfürsorge, die Schaffung von Milchmädchen, von Wägnern, von Heimen, wie ebenfalls Charlottenburg bereits ein Beispiel und Vorbild. Die Benutzung aller dieser Einrichtungen muß aber rechtlich charakterisiert werden. Armen-Unterstützung entzieht sich dem. Bei gutem Willen ist den Gemeinden dies durchaus möglich. Das beweist wiederum Charlottenburg, wo die Bekämpfung geschaffen worden ist, daß nur bare Unterstützungen als Armen-Unterstützungen zu gelten haben. Auch der Weg ist möglich, daß von der Armenverwaltung ein bestimmter Fonds für die Gesundheitspflege abgetrennt wird.

Aus der überreichen Fülle der von den Gemeinden nach sozialdemokratischer Auffassung zu lösenden Aufgaben hat Genosse Hirsch nur diese wenigen herausgegriffen. Sie werden aber genügen, um zu beweisen, daß kein Kommunalprogramm irgend einer bürgerlichen Partei so reich und fruchtbar ist als das der Sozialdemokratie. Nun wird man aber mit dem beliebigen Einwurf kommen — wir sehen den Sozialisten der „Morgenzeitung“ schon die Feder in die Tinte tauchen — daß zur Erfüllung aller dieser Forderungen kein Geld vorhanden sei, namentlich in Breslau nicht, dessen finanzielle Zukunft nach den Versicherungen unserer städtischen Finanzautorität Dettlinger eine recht trübe ist. Genosse Hirsch hat auch hierauf die rechte Antwort gegeben. Vor allem sind die Mittel durch Sparfameit an anderen Stellen aufzubringen, wo sie zu Hunderttausenden zum Fenster herausgeworfen werden; vor allem kommen hier die repräsentativen Ausgaben in Betracht, die jährlich schon die Kosten für Fürsorgeeinrichtungen vollauf decken könnten. Dann aber gilt es vor allem durch die Kommunalisierung von Betriebswerken, Verkehrs- und Industrieunternehmungen und nicht zuletzt durch eine gesunde Grund- und Bodenpolitik neue Einnahmequellen zu schaffen. Gerade auf diesen Gebieten ist viel gesündigt worden. Der unerdiente Wertzuwachs muß besteuert werden.

Freilich werden wir bei all unserer Tätigkeit in und für die Gemeinden niemals vergessen dürfen, daß auch sie nichts anderes sind als Organe des Klassenkampfes, daß sie nur wirken können im Rahmen der gegebenen Verhältnisse. Aber auch in diesem Rahmen läßt sich Großes erreichen. Eine vernünftige Kommunalpolitik, die zugleich niemals das letzte Ziel aus den Augen verliert, ist nichts anderes, als ein gutes Stück allgemeiner sozialdemokratischer Politik.

Politische Uebersicht.

Sie arbeiten nach längst verbrauchten Schablonen...

Ueber den Mannheim'schen Parteitag äußert sich der Scharfmacher Freiberger. Jedlich-Neufisch unter anderem dahin, daß Mannheim zweifellos einen großen Fortschritt der Sozialdemokratie bedeute und daß der dort beschlossene Massenstreik noch wie vor die ultima ratio im Arsenal der sozialdemokratischen Kampfmittel bleibe. An dem hierzu erforderlichen Ausbau der Organisation aber werde sicher mit fieberhaftem Eifer gearbeitet werden. Gleiches gilt auch für die bürgerliche Gesellschaft, daß mit Mannheim die Frage des politischen Massenstreiks endgültig erledigt sei, so würden sie sich gefährlichen Illusionen hingeben und äußerst unliebsame Ueberraschungen zu gewärtigen haben.

Ähnlich wie Jedlich äußert sich auch Mag Lorenz. Wie man auch über den Charakter dieses Renegaten denken mag: er hat doch einmal des sozialdemokratischen Geistes reinen Saft verkostet und politisch denken gelernt, wenn er auch in liberalisierendem Tempo zu dem radikaleren Scharfmachern hinübergewechselt ist. Es ist ihm daher sicher bitterer Ernst, wenn er seine Kollegen von der Scharfmachercolonne in gar nicht schmeichelhafter Weise folgendermaßen apostrophiert:

„Ich bemerke diese höchst verdienstvolle Beurteilung des Freiberger v. Jedlich, mit der ich Teile für Teile übereinstimme, zu dem ganz allgemeinen Einwurf, darauf, daß sich die bürgerliche Presse aller Parteien — von Ausnahmen abgesehen — der Beurteilung sozialdemokratischer Verhältnisse und einer von wahrhaft politischen Gesichtspunkten geleiteten Besprechung der Sozialdemokratie nicht gewachsen zeigt. Sie arbeitet nach längst verbrauchten Schablonen und mit Klischees, die fast durchweg auf die Schablone wie die Faust aufs Auge passen. Das Schema ist etwa dies: Man verunglücke nach Möglichkeit sowohl in moralischer wie in intellektueller Beziehung die einzelnen sozialdemokratischen Persönlichkeiten, und um dabei nicht allzu roh, sondern als „liberaler Geist“ zu erscheinen, sei man wenigstens möglichst von oben herab gewerkschaftlich. Dabei kommt denn nun fast regelmäßig ein sehr gefühlerbetonter und aufgeschlossener Mann hinzu, der in höchster Weise bereit ist als das intellektuelle Übermaß, das sozialdemokratische Problem gründlich zu verstehen und sachlich zu behandeln und die politische Reife der Sozialdemokratie gegenüber dem vorübergehenden sozialdemokratischen Gegner, dessen unabweisbares Recht man widerwillig gibt. Diese „Mittel“ sind fast ausschließlich die Früchte über dem Kampf bürgerlicher Parteien in den wir mehr und mehr hinweggeraten. Ich will gegenwärtig gegenwärtig persönlich einen Vorwurf erheben, und zwar ist es ein Vorwurf, ein organisches und politisches Gebot, das aus einer Situation hervorgeht.“

und seinerseits wieder für diese Situation charakteristisch ist. Wenn wir uns nicht daran gewöhnen, die Sozialdemokratie sehr ernst zu nehmen und sehr sachlich zu behandeln, wenn wir uns nicht des gänzlichen ungeheuren zeitlichen Problems bewußt werden, daß in der sozialdemokratischen Frage nicht, wenn wir nur trübseligeren Tändeln und geistlich witzeln, wenn wir politischen „Reinigungsarbeiten“ unsere Aufgabe nicht darin sehen, mit anführender Stelle und maßgebender Weise Politik zu machen, sondern mehr darin, unsere Leser zu amüsieren, dann kommen wir nur die ohnehin nicht überreichlichen Reste des politischen Sinns im Bürgerturn und sind nichts als die besten und dabei noch persönlich wertlosen Vorarbeiter und Wegbereiter der Sozialdemokratie.“

Dieses interessante Geständnis wird uns noch recht häufig gute Dienste leisten. Einstweilen sind wir neugierig, ob das Zeitungsgelächter derer um Oehle-Breslau, Müller-Sagan tuiti quantu zu Märgen Potenzen bitteren Willen kein saures Gesicht macht.

Wilhelm II. als Kaiser von Oesterreich?

Der Pariser „Temps“ erzählt von der letzten Reise des deutschen Kaisers nach Wien: „Als nach einem Hofbater Wilhelm II. — ohne Kaiser Franz Josef — in einem Salon mit dem Grafen Wedel sah und Graf Goluchowski (der „brillante Sekundant“ von Algeiras) etwas ernsthaft von ihm sprach, rief er diesem mit einem gütigen Lächeln zu: „Golu! Golu! Kommen Sie doch her und setzen Sie sich neben Ihren Kaiser!“

Daselbe Pariser Blatt weiß von einer Aeußerung zu berichten, die der deutsche Botschafter in Rom in den kritischen Tagen von Algeiras zu Italienern gemacht haben soll. Diese Aeußerung lautet: „Nehmt Euch in Acht, denn wenn Ihr nicht marschiert, so wird ein österreichisches Armeekorps die Mailänder Ausstellung eröffnen.“

Der Pariser „Temps“ gilt immer noch als ernstes Blatt und unterhält Beziehungen zu diplomatischen Kreisen. Man muß sich daher wundern, daß diese Geschichten, die in Oesterreich und in Italien böses Blut machen müssen, in Deutschland noch nicht dementiert worden sind.

Gegen die Schwarzen. Der Evangelische Bund hat auf seiner Generalversammlung in Graubenz einstimmig einen sehr scharfen Beschluß gegen den Ultramontanismus und das Zentrum gefaßt. Das Verlangen, nach dem politischen Zusammenschluß aller gläubigen Christen, das vom Reichstagspräsidenten in Essen und vom Kaiser in Breslau ausgesprochen wurde, wird schroff zurückgewiesen. Schließlich heißt es: „Kein Bündnis mit dem Zentrum und keinerlei politische Unterstützung dieser Interessenvertretung der römischen Kirche. Denn die römische Kirche ist kein Bollwerk gegen Revolution und Umsturz; und noch jeder politische Verbündete des Zentrums war schließlich der Betrüger.“

Die konservative Presse, die in der römischen Kirche das beste „Bollwerk“ gegen die Revolution“ sieht, zeigt sich über diesen Beschluß sehr aufgebracht. Noch unangenehmer wird er aber den Nationalliberalen sein, die eben drauf und dran sind, sich mit dieser „Interessenvertretung der römischen Kirche“ zum Wahlkampf wider den „Umsturz“ zu verbünden.

Politiker, die sich ins Bett legen. Wie nachträglich einige Blätter melden, hat der Führer der Partei Drehscheibe, Abgeordneter Hoffmann, in einer Rede bei dem nationalliberalen Parteitag folgendes gesagt:

„Nun kommt der Moment, wo eine Mehrheit für die Finanzreform zu Stande kommt, und da glaubt man, daß wir die Verantwortung übernehmen sollen, wegen der Fiskalarbeiter und der Erhöhung des Diskontos die Finanzreform zum Scheitern zu bringen? (Stürmischer Beifall.) Ich kenne Abgeordnete, welche mir sagen, wir müssen für die Reform in der sicheren Voraussetzung, nicht wieder gewählt zu werden. Alle Achtung vor Parlamentariern, die eine solche Auffassung haben. (Stürmischer Beifall.) Ich habe allerdings auch andere Klachten gehört. So sagt ein Abgeordneter: „Ich fahre nächstens nach Danz.“ Auf die Frage warum, antwortete er: „Noch, nächstens kommt die Abstimmung über die Steuern. Ein Teil der Wähler ist dafür, ein anderer dagegen. In solchen Momenten lege ich mich immer ins Bett.“ (Stürmischer Beifall.)

Wir wollen uns dieses Geständnis für die nächsten Reichstagswahlen merken. Es wird ganz sicher die nationalliberalen Wähler interessieren, zu hören, wie ihre Abgeordneten in parlamentarischen Reden das Bett als ultimum refugium (letzte Zuflucht) betrachten.

Schnidde. Auf das Jubiläum = Telegramm des nationalliberalen Parteitags hat, wie die Blätter melden, Wilhelm II. keine Antwort erteilt. Wie man weiter aus Goslar meldet, hat diese Tatsache dort unter den Nationalliberalen eine „arge Enttäuschung“ hervorgerufen.

Kein Wunder! Was wäre wohl ein echtes Nationalenherz ohne ein kaiserliches Telegramm und ohne königliche Gunst und Sonne?

Dummköpfe. Weil unsere italienischen Genossen sich über gewisse Parteifragen auf ihrem Parteitag in Rom nicht einigen konnten, werden sie von der „Freisinnigen Zeitung“ folgendermaßen angezapelt:

„Und diese Leute, die sich nicht einmal im eigenen Lande mit einander verständigen können, schwärmen dann für die einheitliche internationale Sozialdemokratie!“

Es sind diese Remmalweisen: Als in und nach Mannheim von der ersten Einigung aller Sozialdemokraten die Rede war, bemängelten sie das als Nachspiel, als abgeleitete Komödie. Wie man es auch macht — diesen Dummköpfen muß alles zum besten ihrer Politik der Gefügigkeit dienen.

Trennung von Kirche und Staat. Das müßte die rascheste Forderung auch der deutschen Katholiken sein im Anschluß an ein eben gefallenes päpstliches Wort. Nach der „Augsb. Postz.“ sagte der Papst zum Bischof von Trenton (Ver. Staaten), der in Audienz empfangen wurde: „Wenn nur die Kirche in allen Ländern die Freiheit genieße wie in der Union.“ — Amerika läßt bekanntlich die Gläubigen die Kosten für ihren Kult selbst aufbringen. Und trotzdem soll auch noch der Peterspfennig von dort her viel lebhafter fließen, als von Ländern, wo man Unbegläubige und Nichtfliegen sogar die kirchlichen Bedürfnisse mit decken läßt.

Folgen der Wucherpolitik.

Eine Uebersiedelung der deutschen Industrie in das Ausland als Folge des neuen Posttarifs ist gleich bei der Beratung der Handelsverträge von der Opposition vorausgesehen worden und diese Prophezeiung hat sich leider in nicht geringem Umfang erfüllt, unbekümmert darum, daß Staatssekretär Graf Wolodowsky jene Bestimmungen überlegen für unbegründet erklärte. Jetzt wird sogar der Regierung selbst Angst vor der Konkurrenz, die sich Deutschland selbst durch seine hohen Zölle im Auslande bereitet hat, und der Handelsminister hat sich laut „Freil. Stg.“ darum veranlaßt gesehen, die Regierungspräsidenten aufzufordern, unter Mitwirkung der Handelskammern diejenigen Fälle zu ermitteln, in welchen eine Verlegung industrieller Betriebe in das Ausland oder die Errichtung von Zweiganstalten im Auslande stattgefunden hat.

Lohn für „gute Verfassung“. Bülow ließ den „Dresdener Nachrichten“ in Dresden zu deren 50jährigem Geschäftsjubiläum ein Glückwunsch-Schreiben von Homburg v. d. S. ausgeben.

Das Blatt ist eines der strapellosten Scharfmacherblätter, immer an der Spitze, wenn es gilt, die Arbeiterschaft zu verleumern und stets bereit, die schafelsten Mittel gegen die Arbeiterbewegung auszuhebeln. Namentlich anlässlich des 100jährigen Jubiläum-Urteils war es gerade dieses Blatt, das sich in überreiztem Verteilung der Klassenjustiz geradezu überheulung. „Oben“ bleibt, wie Figura zeigt, derartiges nicht unbemerkt.

Konkretion: Die Pädagogik. Aus Bayern wird uns geschrieben: Einem neu in das königliche Bezirksamt Kaufbeuren eingetretenen Herrn war es aufgefallen, daß die Jugend „die Sitte des Grützens durch Abnahme der Kopfbedeckung“ annehmen nicht konnte. Im Amtsblatt erschien darauf ein diesbezüglicher Hinweis an die Volksschullehrer. Diesen Hinweis drückte die fromme „Augsburger Postzeitung“ ab und sie fügte hinzu: „Sollten denn in der dortigen Gegend die Gabeln nicht so selten sein?“ — Diese Aeußerung des katholisch-konformen Blattes gibt eine Erklärung für die Statistik, die zeigt, daß in den rhabenschwarzen Gegenden Deutschlands die Hoheitsakte am häufigsten wahrgenommen sind.

Wer ist schuld an der Fleischsteuerung? Diese brennende Frage beantwortete ein Großgrundbesitzer und Stadtrat in Lechnau. Er sprach im dortigen Rathaus gegen die Errichtung einer Fleischsteuer, denn die hohen Krankheitsbeiträge und die Krankheit der Diensthofen sei die alleinige Ursache der Fleischsteuerung! — Dieser Mann gehört, wie uns von dort geschrieben wird, zu den entschiedensten Liberalen.

Gegen die Fleischsteuerung. Aus Hamburg meldet uns der „Nachr.“: Die neue liberale Fraktion in der Bürgerschaft brachte ein Ersuchen an den Senat um Auskunft darüber ein, welche Schritte er in Ausführung des Beschlusses der Bürgerschaft vom Dezember 1905 wegen Wahrung der Fleischnot beim Bundesrat unternommen hat.

Kleine politische Nachrichten.

Der Gesandtschaftsbesuch betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, wird, der „Tägl. Rundschau“ zufolge, dem Reichstage bereits bei seinem Zusammentritt am 13. November vorliegen. In der Stellung der Bundesregierungen hat sich, wie das Blatt herberhebt, seit der im Mai dieses Jahres im Reichstage vom Grafen Wolodowsky abgegebenen Erklärung nichts geändert. — Der Schatzsekretär und der Kriegsminister hatten am Mittwoch Vormittag eine Konferenz mit dem Reichskanzler in Gomburg. In Berlin wird nur noch bei Hunderttausend regiert. — Die Frage der Befreiung der Abgeordneten von der Zeugnispflicht dürfte, wie wir erfahren, den Reichstag bald nach seinem Zusammentritt beschäftigen, da der Abgeordnete Wlab aus Anlaß der „National-Untersuchungen eine diesbezügliche Interpellation einbringen will. — Die Einrichtung einer internationalen Kommission zur Kontrolle des Arbeiterlohnes war auf der Berner Konferenz von einer Reihe von Staaten als wünschenswert angeregt worden. Deutschland hat im Verein mit Oesterreich-Ungarn und Belgien dieser Kommission widersprochen, jedoch von einem derartigen Beschluß abgesehen wurde! — Für die kommende Landtagsession wird offiziell ein neues Nebenabhanggesetz und ein weiteres Kreditgesetz für die Herstellung geeigneter Wohnungen für die Arbeiter und gering besoldete Beamte des Staates angekündigt. — Für den auswärtsartigen Handel geöffnet wurde abermals eine chinesische Stadt, und zwar, wie die chinesische Regierung offiziell dem russischen Gesandten in Peking mitteilen ließ, die Stadt Si-ming in der Provinz Nuhun.

Ausland.

Die englischen Bergarbeiter und der Sozialismus.

Das „Wolff'sche Telegraphen-Bureau“ meldete am Freitag, daß eine Abstimmung des in Swansea tagenden Kongresses des englischen Bergarbeiterverbandes den Anschluß an die Arbeiterpartei verworfen habe. In Wirklichkeit aber wurde auf dem Bergarbeiterverbandstag nur das Ergebnis der Abstimmung über den Anschluß mitgeteilt. Ferner verschwiegen das Telegramm die wichtige Tatsache, daß die Abstimmung den Anschluß an die Arbeiterpartei mit einer nur sehr geringen Majorität abgelehnt hatte. Für den Anschluß waren: 92,222, dagegen 101,714.

Trotz des starken Druckes der Verbandsleitung, die alles ins Werk gesetzt hatte, um gegen den Anschluß Stimmung zu machen — von ihren 14 Mitgliedern sind 10 Mitglieder des Parlaments, die außerhalb der Arbeiterfraktion stehen und direkt von der liberalen Partei abhängig sind — wurde demnach der Anschluß an die Arbeiterpartei nur mit 9000 Stimmen Majorität unter 200,000 abgelehnt. In Yorkshire, Lancashire und Cheshire, Schottland und Südwales ist bereits eine bedeutende sozialistische Majorität vorhanden.

Es wird nicht mehr lange dauern, und die englischen Bergarbeiter folgen dem Beispiele der englischen Eisenbahner, werfen, wie diese, ihre liberalen Führer über Bord, um ihren Platz in den Reihen der klassenbewußten Proletariat einzunehmen.

Die Kandidaten der 3. Abteilung.

Für die 3. Abteilung ist die Aufstellung von Stadtverordneten-Kandidaten bei allen Parteien nunmehr beendet. Wir geben daher in Nachstehendem eine nach den Bezirken geordnete Übersicht der Kandidaten aller drei Parteien:

Bezirk	Bisherige Vertreter	Sozialdemokratische Kandidaten	Freiwirtschaftliche Kandidaten	Kandidaten der Fr. Ver.
19.	Höfnermeister Pohl (F. V.)	Schneider Rodzta	Schlösseroberrnstr. Rob. Grätner	Wiederwahl.
20.	(Seybe (F. V.) Lehmann (F. V.)	(Schneider Rodzta Arbeiter Flebig	erhält keinen Gegenkandidaten Kunstschlossermeister August Saal	(Kaufmann Camphausen Stadtstr. Seybe
23.	Weibe (F. V.)	Verbandssekretär Mehelein	Brauermeister Rlose	Wiederwahl.
24.	Schleifer (Hb.)	Arbeitersekretär Drosig	Wiederwahl	Fabrikbes. Daube.
26.	Fuhrmann (F. V.)	ParteiSekretär Renkirk	Brauermeister Paul Scholtz	Mühlerrnstr. Stebe.
29.	Melbe (F. V.)	Maurer Rother	erhält keinen Gegenkandidaten	Wiederwahl.
30.	Schael (F. V.)	Kaufmann Wiener	Lierarzt Dr. Roth	Unbesetzt.
31.	Mann (F. V.)	Kaufmann Wiener	Oberinspektor a. D. Lorenz	Reintler Rubolp.
32.	Feron (F. V.)	Rebakteur Albert	Unbestimmt	Wiederwahl.
34.	Ratsch (F. V.)	Buchhalter Schumann	Forstbibl.-Schullehrer Georg Mantel	Wiederwahl.

Nunmehr gilt es für uns, alle Kraft daran zu setzen, daß wir in möglichst vielen Bezirken

den Kandidaten der Sozialdemokratie

zum Siege verhelfen.

Genossen, auf ans Werk!

Soldaten gegen den Militarismus. Aus Lemberg in Galizien wird mitgeteilt, daß die beurlaubten Reservisten im Eisenbahnzuge Kolomea-Lemberg antimilitarische Demonstrationen veranstaltet haben. Sie sangen revolutionäre Lieder und hängten aus den Wagen rote Fahnen mit der Aufschrift: „Es lebe die Freiheit!“ Die Demonstration machte in Lemberg einen großen Eindruck.

Was man in Galizien über den Redakteur ist. Einen Monat nach dem Tode des in Prag erschienenen Nowy Glos prager Redakteur des fortgeschrittenen jüdischen Jargon-Blattes „Volksstimme“, Siegel, wurde angezweifelt, daß er als Hadergasse keine Zeit und Qualifikation zum Redieren habe. Der Staatsanwalt beantragte, daß der angeklagte Redakteur im Gericht einen Artikel nach einem beliebigen Thema schreiben solle. Siegel setzte sich in seiner Arbeitshütte an dem eleganten Gerichtsschreibstisch hin und schrieb ein Heuilleton „Mehr Eindruck von der Reise Bukarest-Berlin“. Der treffliche Artikel des Arbeiters wurde angenommen und der Staatsanwalt erkannte Siegel als fähigen Redakteur der „Volksstimme“.

Griechische, armenische und türkische Arbeiter melben der Telegraph in folgendem aus Makedonien: Nach einer Meldung des Daily Telegraph aus Saloniki ereignete sich eine entsetzliche Tragödie in dem kleinen macedonischen Dorfe Caga Maribabo im Wilajet Monastir. Eine griechische Bande überfiel plötzlich das Dorf, um Rache für die Untaten bulgarischer Banden zu nehmen. Die Griechen richteten ein furchtbares Blutbad an, fast allen männlichen Einwohnern des Dorfes wurden die Köpfe durchgeschlagen. Im ganzen fielen nahezu 200 bulgarische Einwohner dem Blutbade zum Opfer. Türkische Truppen, welche herbeigerufen wurden, leisteten keine Hilfe, sondern gingen daran, ein anderes Dorf in der Nachbarschaft zu zerstören. Hier wurden 10 Männer und drei Frauen von den türkischen Soldaten getötet.

Königliche Erben. Königin Peter von Serbien erwiderte gelegentlich eines von den Bürgern der Stadt Nisch dem Könige gebrachten Fadelanges auf die Begrüßungsansprache des Bürgermeisters, er sei sehr entschlossen, als König von Serbien der unerschütterliche Hüter der Verfassung, der Volksrechte und der Freiheiten zu sein. Als Vater werde er bestrebt sein, den Kronprinzen in gleichem Maße und in gleichen Empfindungen gegenüber dem Volke und seinen Freiheiten zu erziehen.

Amnestie auf Cuba. Aus Havanna wird gemeldet: Der amerikanische Kriegsschiff „Lafayette“ hat eine Amnestie für alle Vergehen erlassen, die in Zusammenhang mit dem Aufstand stehen, einschließlich der Ächtung des Kongressmitgliedes Villenas im Jahre 1905. Man erwartet von dieser Maßnahme eine Erleichterung der Aufgabe Magoons, der zur Übernahme der Regierungsgeschäfte im Auftrage der Amerikaner hier eingetroffen ist.

Der Bau des Panamakanals. Die Anforderungen an Angeboten des Panamakanals sind, wie aus Washington gemeldet wird, jetzt veröffentlicht worden. Im Kontrakt ist vorgesehen, daß jeder Bietter unter Umständen den Bau des ganzen Panamakanals übernehmen muß. Die Abgabe von Angeboten ist nicht nur auf Amerikaner beschränkt. Jeder Bietter muß ein Kapital von fünf Millionen Dollars nachweisen und drei Millionen Dollars Kaution stellen.

Aus den Verzeichnissen.

Güter aus der Rabattpharmazie-Verein. Durch eigenartige Geschäftspraktiken eines sog. Rabattpharmazie-Vereins ist der Grünrambändler Adolf Pätzsch in Berlin in die unangenehme Lage gekommen, als Angeklagter vor dem Strafgericht zu erscheinen zu müssen. Wegen Unzulänglichkeiten mußte sich P. vor dem dritten Strafkammer des Landgerichts Berlin verantworten. Der bisher unbestrafte Angeklagte betreibt in Gemeinschaft mit seiner Ehefrau ein kleines Materialwarengeschäft. Eines Tages erlitten die ihm ein Herr, der sich als Vertreter des Rabattpharmazievereins „Sammonia“ vorstellte und anfragte, ob P. nicht gewillt sei, diesem Verein als Mitglied beizutreten. In lebhaften Farben schilderte der Vertreter des Vereins, welche großen Vorteile jeder Gewerbetreibende durch die Mitgliedschaft erlangen würde, der Kundentanz würde sich verdoppeln, so daß die geringen Prozente, die jedes Mitglied an den Verein abführen müsse, gar nicht in Frage kämen. Da der Angeklagte jedoch schon schlimme Erfahrungen mit dergleichen Rabattvereinen gemacht hatte, lehnte er das Anerbieten kurz ab. Der Herr Vertreter ließ nunmehr seine Redekunst spielen und versuchte dem Angeklagten das Karumachen, daß eine Probe, durch die er sich in keiner Weise verpflichte, doch nicht schaden könne. Er brauche ihm nur seine Adresse aufschreiben und ihm würden dann die Statuten und die Rabattmarken kostenlos und nur zum Zwecke eines Versuchs zugelandt. Um den etwas aufdringlichen Herrn loszuwerden, legte der Angeklagte seinen Namen auf ein zusammengefaltetes Stück Papier, welches der Vereinsvertreter wie zufällig aus der Tasche zog. Nach einigen Tagen erhielt P. einen größeren Posten Rabattmarken, die er sofort befestigte. Erst nach geraumer Zeit erfuhr er dann den Verstand, die Marken wieder abzuholen. Als diese Aufforderung unbeachtet blieb, begab sich P. selbst in das Bureau des Vereins. Hier wurde ihm mitgeteilt, daß er die Marken nicht zurückgeben könne, sondern sie an die Kundschaft verteilen müsse, da er sich ja verpflichtet habe. Als der Angeklagte dies bestritt, wurde ihm ein Vertrag vorgelegt, auf dem tatsächlich sein Name stand. Es war jenes zusammengefaltete Stück Papier, auf welches er seinen Namen bei der angeblichen Probebestellung gesetzt hatte. In der Erregung über den ihm gespielten Streich ließ sich der Angeklagte verleiten, den Vertrag in Stücke zu zerreißen. — Vor Gericht behauptete P., er habe nicht geglaubt, daß dieses auf so eigenartige Weise zustande gekommene Schriftstück irgend welchen urkundlichen Wert habe. Mehrere andere Geschäftleute befanden sich zugegen, daß sich der Vertreter des „Sammonia“-Eparmentvereins auf die gleiche Weise wie bei dem Angeklagten auch ihre Unterschrift erschießen habe. Das Gericht hielt

dem Angeklagten zugute, daß ihm jene Unterschrift auf die erwähnte Art abgedruckt worden war. Immerhin habe er das erwähnte Schriftstück nicht vernichten dürfen, sondern den Klagebeleg betreten müssen, auf dem ihm bei Lage der Sache auch sein gutes Recht zuteil geworden wäre. Das Urteil lautete deshalb auf die gefälligst zulässige Mindeststrafe von einem Tage Gefängnis. Der Prozeß ruff von neuem die Mahnung wach, nichts zu unterschreiben, das man nicht genau gelesen und von dem man nicht Abschrift erhalten hat.

Neueste Nachrichten.

Aus Rußland.

Warschau, 10. Oktober. Eine nach vielen Tausend zählende Menge versammelte sich gestern auf dem Plage, wo sechs Terroristen hingerichtet worden waren, deren Namen die Behörde verheimlicht hatte. Die Leichen wurden aus dem Grabe geholt und Versammlungen veranstaltet, um für die Leichen Särge beschaffen zu können. Raun hatten die Sammlungen begonnen, als Kosaken herbeieilten, welche die Menge durch Säbel- und Knutenhiebe auseinandertrieb. Dabei wurden zwei Arbeiter schwer, viele leicht verletzt, 30 wurden verhaftet. So lange das Selbstvertragsgericht in Tätigkeit sein wird, soll der Generalkriegsfortbauern.

Petersburg, 10. Oktober. Der Kriegsminister ordnete an, daß bei den bevorstehenden Rekrutenaushebungen mit der größten Genauigkeit vorgegangen werden solle. Personen, welche sich an Unruhen beteiligt haben, sollen nicht bei den Linienregimenten eingeeilt, sondern Disziplinarteilungen überweisen werden.

Petersburg, 10. Oktober. Der General Simanoff wurde wegen Untätigkeit bei Soldatenmutterereien vor ein Kriegsgericht gestellt. Dies erregt um so größeres Aufsehen, als der General zur äußersten Rechten gehört und Mitarbeiter der reaktionären „Rokoschka Wjedomost“ ist.

Petersburg, 11. Oktober. Dem Blatte „Ljowarskijski“ zufolge hat eine westeuropäische Kapitalistenaktion der russischen Regierung zwei Milliarden Rubel unter der Bedingung an, die Reichssuma nicht vor zwei Jahren einzubringen. (Für den Preis wird es die Regierung schon machen.)

London, 10. Oktober. Einmal verdrückt weiß die „Times“ über ein Attentat zu berichten, das angeblich vor seiner Hinrichtung auf den Jaren unternommen worden sein soll. Danach soll der Jar eine Parade abgenommen haben, an die sich eine Gefechtsübung anschloß, wobei mehrere Augen in unmittelbarer Nähe des Jaren einschlugen. Zahlreiche Verletzungen wurden vorgenommen.

London, 11. Oktober. In einem amtlichen Bericht warnt der englische Konsul in Moskau vor einem Besuch der Stadt durch die englische Deputation, die die Größe an die Duma-Mitglieder überbringen soll. Es seien antinationalistische Demonstrationen zu befürchten und er könne für die persönliche Sicherheit nicht garantieren.

Versammlungen und Vereine.

Wolfsversammlung in Gröbchen. Am Mittwoch Abend hielt unter Reichstagskandidat Genosse Schütz einen lehrreichen Vortrag über das Thema: „Warum muß der Arbeiter gewerkschaftlich und politisch organisiert sein?“ Daß seine Rede Eindruck gemacht hat, beweisen die vielfachen Ausnahmen in den sozialdemokratischen Vereinen, so daß dieser in Dorf Gröbchen die Zahl von 100 Mitgliedern bald erreicht haben wird, während sie im ganzen Bezirk 270 beträgt. Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung schloß der Versammlungsleiter die gut besuchte Versammlung.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

Der Zentral-Arbeits-Nachweis der Buchbinder befindet sich bis auf weiteres beim Kollegen Max Herold, Bismarckstraße 37, III., Telefon 1206. Arbeitslose haben sich dort, Nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr, zu melden.

Wohnung, Gewerkschaft? Hierdurch bringen wir den Mitgliedern der Nikolai-Vorstadt zur Kenntnisnahme, daß die Wohnungsabgaben von jetzt ab nur Sonntag Vormittag von 10 bis 12 Uhr im Bezirkslokal Postenstraße 97, Stadt Pilsberg, stattfinden. Ferner machen wir die Kollegen von Weibe und Ullmengen darauf aufmerksam, daß Sonntag den 14. Oktober, Mittags 1 1/2 Uhr, in Fischers Lokal in Weibe eine Zusammenkunft stattfindet, wozu alle Kollegen eingeladen sind. Lokalverwaltung des Buchbinder-Verbandes.

Vergnügungen.

Städtische Stadtkonzert. Sonnabend, den 13. Oktober, findet bei halben Preisen eine große, musikalische Nachmittags-Vorstellung statt, welche äußerst unterhaltend zu werden verspricht. In dieser wiederum besteht 4 Uhr beginnenden Vorstellung werden folgende Stücke des erfolgreichen Oktober-Programms mitwirken: Die phantastischen Hochzeiten, die Leinwand-Tänze, ferner die Explosion-Virtuosen-Gesellschaft, Les 3 Savants, Capriccio, das Germania-Ensemble in seinen Originalen, „Der Hof in Wien“ (Wiener blauen Jungens), die Violoncellisten-Familie Bonomeo, Paul Sandoz, der beliebte Vortänzer mit seinem Miniatürkönig und das American-Quintette mit dem Soloführer. Von dem Ende dieser Vorstellung wird es abhängen, ob am 20. d. M. 27. Oktober eine Wiederholung derselben stattfindet. Der Vorverkauf hat bereits begonnen.

Arbeiter-Sekretariat Breslau.

Milankstraße 18/19. Sperrst. Vorm. 11-1 Uhr, Nachm. 5 1/2-7 1/2 Uhr (außer Sonn- und Feiertagen Nachmittags).

Meteorologische Beobachtungen der Königl. Universitäts-Sternwarte.

10. u. 11. Oktober.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morgs. 7 Uhr.
Luftwärme (C.)	+ 11,4	+ 6,0	+ 1,4
Luftdruck bei 0° (mm)	758,7	758,1	755,8
Dampfdruck (mm)	3,5	5,6	4,9
Dampfättigung (pCt.)	86	81	86
Wind (0-12)	0 3	0 4	0 2
Wetter	gml. heiter	heiter	heiter

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Donnerstag, den 11. Oktober.

Höhe	Heute früh 7 Uhr			Temp.-Ext.		Wetter
	Temp.	Wind	Nicht.	Max.	Min.	
Kositz	3	0 2	0	18	-0,6	Feldnebel
Reichen OS.	2	0 2	0	11	1	halbedeckt
Habelschwerdt	2	0 1	0	18	-	Nar
Gröblich	8	0 1	0	13	2	heiter
Dürowo	8	0 4	0	10	1	Nar

Vereins-Kalender.

Breslau.

Im Partei-Sekretariat.

Neue Grandenstraße 5, Vorderhaus 2. Etage, Telefon-Nr. 8141, werden jedwergelt Neuaufnahmen von Mitgliedern entgegengenommen und sind Aufnahmebescheinigungen sowie Besetzungsaufträge auf die „Volksmacht“ zu haben.

Rechnungsabläufe können im Partei-Sekretariat nicht erteilt werden. Die Bibliothekstunden des sozialdemokratischen Vereins finden von jetzt an Montag von 7-9 Uhr statt. Punkt 9 Uhr wird die Bibliothek geschlossen.

Gewerkschaftshaus.

Freitag, den 12. Oktober:

Buchbinder-Schiffen-Verein. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im großen Saal.

Sonnabend, den 13. Oktober:

Verband der Glaser-Schneidmacher. Abends 8 1/2 Uhr: Versammlung. Alle Mitglieder haben zu erscheinen.

Buchbinder-Mitglieder-Versammlung. Zimmer 3 und 4. Vortrag über Partei und Gewerkschaft: Parteitag Mannheim u.

Sonntag, den 14. Oktober:

Männergesangsverein „Steinhof“. XVII. Stiftungsfest im großen Saal. Anfang 4 Uhr.

Steinarbeiter-Verband. Vormittag 10-12 Uhr: Kaffeetag. Zimmer 7.

Mittwoch, den 17. Oktober:

Schneiderverband. Abends 8 Uhr: Versammlung. Zimmer 2.

Mitteilungen der Bezirks- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Bezirk 3 (Gröbchen-Vorstadt):

Bezirk 12, 13, 14, 15 und 19. Sonnabend, den 13. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Jahlabend.

Bezirk 4 (Wolfsdorf-Vorstadt):

Bezirk 2, 3 und 4. Freitag, den 12. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder. In die Stadterordneten-Wahlen heranzuführen, werden die Mitglieder ersucht, sich vollständig einzufinden.

Bezirk 7, 8 und 9. Sonntag, den 14. Oktober, Vorm. 8 Uhr: Agitation für die Stadterordneten-Wahl. Die Mitglieder werden ersucht, sich pünktlich im Bezirkslokal einzufinden, wer als tüchtiger und tätiger Parteimitglied gelten will, darf nicht fehlen.

Bezirk 6 (Waldau):

Donnerstag, den 11. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder im Lokal bei Schmidt, Schulgenosse 14. Berechnung und Ausgabe der Stadterordneten-Listen. Es wird dringend ersucht, daß jeder Bezirksführer erscheint.

Bezirk 11 und 13. Donnerstag, den 11. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder.

Bezirk 1, 2, 3 und 17. Freitag, den 12. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder im bekannten Lokal. Es wird ersucht, daß alle Mitglieder erscheinen.

Bezirk 7 (Nikolaiviertel):

Bezirk 5 und 7. Zusammenkunft und Jahlabend Sonnabend, den 13. Oktober im bekannten Lokal: Besprechung über die Stadterordneten-Wahl.

Bezirk 8 (Oberstadt):

Bezirk 14, 15, 16, 17 (Nikolaiviertel). Sonnabend, den 13. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr: Jahlabend.

Dienstag, den 16. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder im Bezirkslokal.

Sand-Bezirk 2 (Stadelsberg, Gersdorff und Harthaus):

Bezirk Klein-Gandau und Schneidfeld. Sonntag, den 14. Oktober, Vorm. 10 Uhr: Jahlabend bei Post.

Bezirk 15 (Ostländer Tor):

Sonnabend, den 13. Oktober: Zusammenkunft aller Mitglieder. Die Bezirksführer werden ersucht, ihre Mitglieder einzuladen.

Sand-Bezirk 3 (Bezirk Groß-Neubau):

Sonntag, den 14. Oktober, Vorm. 10 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder im bekannten Lokal.

Sand-Bezirk 6 (Bezirk Dürenhof):

Sonntag, den 14. d. M., früh um 7 Uhr, treffen sich die Genossen bei Schwann behufs Kalender-Bereitstellung. Gedenken stark jeden Genossen ist Pflicht.

Sand-Bezirk 7:

Bezirk 5. Zusammenkunft im bekannten Lokal.

Verantwortliche Redakteur: Theodor Müller. — Redaktion und Expedition: Neue Grandenstraße 5/6. — Druck von Th. Schaeffle & Co. in Breslau. — Druck von Th. Schaeffle & Co. in Breslau. — Druck von Th. Schaeffle & Co. in Breslau.

Achtung! Arbeiter, Parteigenossen!

Montag, den 15. Oktober, abends 8 Uhr, im grossen Saale des Gewerkschaftshauses:

Grosse Volks-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Der preussische Zusammenbruch von 1806 — 100 Jahre preussischer Junkernherrschaft. Referent: Redakteur Genosse Albert.
2. Freie Aussprache.

Genossen! Agitiert, damit die Versammlung zahlreich besucht wird. — Entree 10 Pf. — Frauen sind eingeladen. Der Einberufer.

Am 8. d. Mts. verschied nach langen schweren Leiden unser Kollege, der **Schriftsetzer Paul Finster** im hoffnungsvollen Alter von 21 Jahren 9 Monaten. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kollegen der Offizin Th. Schatzky G. m. b. H.

Stadt-Theater.
Donnerstag:
„Die Eugenien.“
Freitag:
„Marie Magdalene.“
Sonnabend:
„Lautbäuer.“

Robe-Theater.
Donnerstag:
„Eherlad Volmer.“
Freitag:
„Orpheus in der Unterwelt.“
Sonnabend:
zum 1. Male:
„Das Lebensfest.“

Thalia-Theater.
Sonnabend:
Abends 7 1/2 Uhr:
„Der Zigeunerbaron.“
Mittwoch:
Freitag und Sonnabend:
von 10—12 Uhr im Thalia-Theater.

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.
Donnerstag:
Gruppe B. 3. Vorstellung:
„Desemann's Töchter.“
Freitag:
Samboldi-Verein:
2 Abennte-Vorstellung:
„Der Weissenkrieger.“

Liebich's Etabl.
Seit 1846.
Gänzlich neues Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Victoria-Theater
(Simonsauer Garten).
Neues Programm.
12
Attraktionen.
Sont an Wochentagen gültig.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Kaffee
vorzügliche Qualität, 5 Aroma
1/2 Pfund 25 Pfg. [3243]
Schokolade 1/2 Pfund 25 Pfg.
Schokoladentafel 1/2 35
Getrocknete Früchte 50
Zigaretten Nr. 9, 10 St. 38 Pfg.
Franz Gröschel, Seiden-
strasse 60

Damen-Filzhüte
billig direkt in d. Fabrik
Neue Grössen Nr. 11, 12, 13
Freund & Krebs.
Filzhüte werden modernisiert.

Heringe! 4 Stück 10 Pfg.
Mehel 35 Pfg.
Kaiser & Kainer
Friedrich-Wilhelmstrasse 50
Gröschelstrasse 12 [4452]
Sonnenstr. 75, Mauritianstr. 14.

Fett-Sprossen
1/2 Pf. 8 Pfg. [4473]
Paletots
Anfang 17.50 Uhr an
Bogenstrasse 5, Tel. 1. 11.

Lehrmädchen, Laufmädchen, Arbeitsmädchen
sucht [4471]
Nähseidenfabrik, Brahe 56, 1.

Allerorts suchte Leute, welche Vertr. hohelegant, Neuheit, weichtl. Weihnachtsartikel, nebenbei überm. hoher Verdienst, Kunst, an jed. kollekt. Herrn Wolf, Waidau, Sa. Nordstr. 30. [4464]

Lehmdamm 38
sind kleine Wohnungen billig zu vermieten.

Eingetroffen!
Ergänzliche, Zeilige, Wollhänge, Schwärzplättchen, Wellenfittiche, Goldfische, Sandströme etc. bei
H. Damböck.
Vogelfutterhandlung. [4478]
Altwasser, II. Bez. No. 9.
Gedr. Schränke, Kommoden, Esstisch, Bettstellen, ganze Einbaurichtungen 30, 50, 70 Mk. zu verkaufen.
Friedrichstrasse 66 am Louiseplatz. 4482

Delikates- u. Rauchwaren
empfehle bestens
Gertrud Appel,
Nr. 39, Lehmdamm Nr. 39,
2. Haus von der Friedrichstr.

Auf Kredit Möbel
für Mk. 98.—
Anzahlung Mk. 10.—
für Mk. 198.—
Anzahlung Mk. 20.—
für Mk. 298.—
Anzahlung Mk. 30.—

S. Osswald,
Schuhbrücke 74,
1., 2., 4. Etage.
Kataloge gratis und franko.
Kredit auch nach auswärts.

Sozialdemokratisches Liederbuch
von Max Kegel.
Preis 40 Pfg.

Sonnabend, den 13. Oktober 1906
im Saale des
Gewerkschaftshauses, Margaretenstrasse Nr. 17
Fest-Kränzchen
zur Feier des 7. Stiftungsfestes verbunden mit dem 3. Stiftungsfeste der Sektion der Mobell-Tischler || der Sektion der Parkettbodenleger des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes (D. H. V.)
Gratis-Vorlesung für Damen mit zahlreichen Präsenten. — 1. Hauptgewinn 1 lebender Hahn. Jede Dame erhält an der Kasse das Los gratis.
Einlass 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Entree im Vorverkauf: Herr mit Dame 60 Pf., einzelne Dame 30 Pf., an der Kasse: „ „ 75 „ „ 40 „ „ „ 50 „ „ 20 „
Es laden ergeben ein Das Komitee.

Achtung! Arbeiter-Radfahrerverein „Frischauf“ Gräbschen
Sonnabend, den 13. Oktober 1906
3. Stiftungsfest
bestehend in Tanz und radspportlichen Aufführungen in Mikes Etablissement, Gräbschenerstrasse 74.
Entree: Herr inkl. Dame 60 Pf., Kassenpreis 75 Pf., Einzelne Dame 30 Pf., Kassenpreis 35 Pf.
[4473] Das Komitee.

Liegnitz.
Gewerkschaftshaus „Hinterbleiche“
Freitag, den 12. Oktober 1906, abends 8 Uhr:
Volks-Versammlung
für Männer und Frauen. — Vortrag: „Die Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Schule“. Referent: Gen. Rühl-Weipzig.
Zahlreichen Besuch erwartet Der Einberufer.

Achtung! Maschinisten, Heizer und Berufsgenossen!
Sonntag, den 14. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr findet im Lokale „Goldener Reiter“, Mauritiusplatz eine öffentliche
Maschinisten- u. Heizer-Versammlung
statt.
Tagesordnung: 1. Unsere Lohn-Tarif-Abchlüsse in den Mühlen und Brauereien, und welche Lehren ziehen wir daraus? Referent: Kollege Reifferscheid aus Köln a. Rh. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4474

Alfred Lengsfeld, Schuhmachermeister
Altwasser, 3. Bezirk 40b
empfiehlt sich den geehrten Genossen, Freunden und Bekannten zur Anfertigung
neuer dauerhafter Schuhwaren.
Reparaturen schnell und sauber. Empfiehlt gleichzeitig mein Lager fertiger Leder- u. Filzschuhe einer gütigen Beachtung.
Altwasser.
Den werten Bekannten und Freunden empfehle ich mein Lager aller Sorten Fabrikreste und Partiewaren sowie selbstangefertigte Damen- und Kinderwäsche.
Uchtunagsvoll
Emilie Heiber
4. Str. Nr. 11 C. 4479

Soeben erschienen: Kinder-Elend
Proletarische Gegenwartsbilder von Otto Rühle.
Preis: 75 Pf.
Zu haben in der Expedition der Volkswacht.

Neu! Neu!
Sehr wichtig für Kommunalpolitik Sozialdemokratische-Gemeindepolitik
Kommunalpolitische Abhandlungen.
Heft 1: Kommunales Wahlrecht 30 Pfg.
2: Kommunale Arbeiterpolitik 40 „
3: Kommunale Schulpolitik 50 „
4: Kommunale Wohnungspolitik 50 „
5: Steuern und Gebühren 30 „
Zu haben in der Expedition der „Volkswacht“.

L. Juliusburger, Gottesberg Markt
führt die besten und billigsten
Kornbranntweine
daher der grösste Umsatz.
Alles mit 4% Rabatt.
Echter alter Laubaner Korn Liter 40 Pf.
Echter Laubaner Getreide-Korn Liter 50 Pf.
Echter Steingründer Korn Liter 40 Pf.
Echter Breslauer Getreide-Korn Liter 50 Pf.
Echter Wachholder-Branntwein 80 Pf.
von der Beere fabriziert, Liter nur 80 Pf.
Alle anderen Liköre gut und billig.
Rauch-, Kau- und Schnupftabake. 4480
Hoizschuhe, Pantoffeln,
speziell für Arbeit über Tage gefertigt,
zu billigsten Preisen.
Alles mit 4% Rabatt-Marken.

10 Pf. für blaues Fleisch.
Das größte Fischgeschäft der Welt macht bekannt, daß infolge der Reifejahre ihrer Dampferflotte heute und morgen **Seelachs** in Ausschütt (alles Mittelstücke) per Pfund mit 10 Pf. verkauft wird.
D. D.-F.-G. Nordsee
Schmiedebrücke 19 und Stadtbahnbogen. 4481

Lassen Sie sich keinen Sand in die Augen streuen
denn nur im unerreicht grössten Möbel- und Waren-Kreditbauge
Max Biermann
Breslau, Ring 51, erste Etage
neben der Stadtgasse 4334
ist die Anzahlung Lebenssache.
Diesenlager in **Möbel**
einzelne Stücke — ganze Einrichtungen
Anzüge, Ueberzieher,
Betten, Kinderwagen u. s. w.
(Filiale: Waldenburg i. Schles.)
Auch nach auswärts.

Die russische Revolution.

Die Politik des Wahnsinns.

In Kasan (Kurland) hat der Richter der Strafsprechtbarkeit alle Entschlossenheit der Wölfe, vom 15. jährigen Alter an, verfaßt...

Wie die verlotterte Wirtschaft gerettet wird.

Der Professor am Petersburger Polytechnikum, Herr M. Friedmann, schreibt einem Freunde der „Russ. Korresp.“...

Wegen jedoch die unabhängigen Journalisten und Gelehrten das, es ist angelegt, nicht zu ungeliebten Einwirkungen hinzutreten...

Die Resultate beider Systeme erscheinen jetzt in vollem Maße. Den ausländischen Gläubigern ist es handgreiflich geworden...

Epizöbereien.

Ein Pariser Epizöberist wurde kürzlich nach Petersburg zu einem Großhändler gerufen, den er glücklich begrüßte. Dasselbe wiederholte bei seiner Abreise 3000 Francs annehmen...

Aus der Frauenbewegung.

Die Londoner „Tribune“ behauptet, daß die Frauenbewegung in London über 200 Delegierte teilnahmen, einstimmig für die Unterstützung des Wahlrechts auf die Frauen...

Die englischen Frauen verlangen, daß sie zu den Stadt- und Gemeinderäten als Mitglieder zugelassen werden. Sie klopfen überall an und begehren Einlaß...

Wie die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer in Schweden seit etwa 20 Jahren von den verschiedenen Regierungen immer wieder von neuem erwogen wird...

Am Sonntag war eine Deputation der schwedischen Frauenwahlrechtsvereinigungen beim Staatsminister anwesend. Sie erstellte die Vorschläge, aber leider schon etwas veraltet...

Partei-Angelegenheiten.

Duldnis.

Im Monat September gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein: Groß-Verlin 1 Wahlkreis 10.000. Berlin, diverse Wahlkreise...

Dalbjerg 1906 178,82. Halle und Cassel 300. Hamburg, im Monat April in d. Exped. d. „D. Volksk.“ eingegangen 187,90...

Vorstoß gegen den Lebensmittelwucher. Der Parteivorstand beschloß, der Fraktion zu empfehlen, sofort nach Zusammenkunft des Reichstages eine Interpellation über die Lebensmittel- bezw. Fleischsteuerung einzubringen.

Die obliquatorische Einführung der Parteipresse ist seit 1. Oktober im Sozialdemokratischen Verein Bayern durchgeföhrt. Jedes Mitglied der Parteioffizianten ist verpflichtet, auch Abonnent der Parteizitung zu sein...

Ein Parteivirt, der „der Völlerei Vorzug leihet“. Die Mittel zum Kampfe gegen die Not werden immer origineller. In Guben bewirtschaftet Genosse Albert Jenz das Parteikolossal Hotel Bellevue...

Eine sozialistische Kolonie. Wie vor einiger Zeit schon berichtet, trat sich Upton Sinclair, der Verfasser des aufsehenerregenden Romans „Der Sumpf“, mit dem Plan, eine kleine Kolonie auf sozialistischer Grundlage zu gründen...

Auf dem italienischen Parteitage sind 950 Parteimitglieder mit 94,812 Stimmen vertreten. Auch die sozialistische Parlamentsfraktion ist fast vollständig erschienen. Einige Beschlüsse des Parteikongresses haben wir gestern bereits bekannt gegeben...

Aus aller Welt.

Robertschlag eines Kavallerieoffiziers. Ein schrecklicher Mordanschlag wurde in Wien (Österreich) von dem Kavallerieoffizier Walter Böhm ausgeführt. Der Richter des Hofes „mit einem Dolch“ drangerte mit dem Führer dieses Offiziers und da er nicht schnell genug ausweichen vermochte, verfrügte ihn dieser vom Pferde...

Ein Schaden durch ein 14-jähriges Kind. Wegen Raubmordes wurde im Jahre 1894 durch den damaligen Richter in Darmstadt ein gewisser Christian Schmidt auf Schandmatten zum Tode verurteilt, trotzdem der Angeklagte bis zum letzten Augenblicke seine Unschuld behauptet hatte...

Ein Kind der Karamellen in Kopenhagen. Die Karamellen-Politik hat am Sonntag in der Wohnung des Herrn A. A. A. von A. A. ein Spielband aufgeföhrt. Die Karamellen-Politik hat 1342 Karamellen vor, allerdings haben die Karamellen-Politik mehrere Karamellen...

Ein neues Verbrechen mit seinem Aufschall unter nahm in Friedrichshafen Graf Zepelin. Nach dem Urteil von Friedrichshafen ist die Sache vollständig geklärt. Die Stabilität des letzten Angeklagten war durch die verschiedenen Steuerflüchten bedingt...

Ein furchtbares Verbrechen. Ein in einem Dörfchen nahe Halle in Sachsen lebender Bauer hatte in dem Hause eines Bauern ein Verbrechen begangen. Das Verbrechen war ein Verbrechen, das in dem Hause eines Bauern begangen wurde...

Ein furchtbares Verbrechen. Ein in einem Dörfchen nahe Halle in Sachsen lebender Bauer hatte in dem Hause eines Bauern ein Verbrechen begangen. Das Verbrechen war ein Verbrechen, das in dem Hause eines Bauern begangen wurde...

Ein furchtbares Verbrechen. Ein in einem Dörfchen nahe Halle in Sachsen lebender Bauer hatte in dem Hause eines Bauern ein Verbrechen begangen. Das Verbrechen war ein Verbrechen, das in dem Hause eines Bauern begangen wurde...

Ein furchtbares Verbrechen. Ein in einem Dörfchen nahe Halle in Sachsen lebender Bauer hatte in dem Hause eines Bauern ein Verbrechen begangen. Das Verbrechen war ein Verbrechen, das in dem Hause eines Bauern begangen wurde...

Ein furchtbares Verbrechen. Ein in einem Dörfchen nahe Halle in Sachsen lebender Bauer hatte in dem Hause eines Bauern ein Verbrechen begangen. Das Verbrechen war ein Verbrechen, das in dem Hause eines Bauern begangen wurde...

Ein furchtbares Verbrechen. Ein in einem Dörfchen nahe Halle in Sachsen lebender Bauer hatte in dem Hause eines Bauern ein Verbrechen begangen. Das Verbrechen war ein Verbrechen, das in dem Hause eines Bauern begangen wurde...

Ein furchtbares Verbrechen. Ein in einem Dörfchen nahe Halle in Sachsen lebender Bauer hatte in dem Hause eines Bauern ein Verbrechen begangen. Das Verbrechen war ein Verbrechen, das in dem Hause eines Bauern begangen wurde...

erklärten Verkauf. Herr Müller ist mit einem der Angeklagten verbandt, und so machte er diesmal von seinem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch. Damit erledigte sich jede weitere Beweisaufnahme, und infolge Mangel an Beweisen erfolgte Freisprechung.

Weser Brandstiftung

hatte sich die Gastwirtin Olga Jentich aus Dittersbach-Gülfau, Kreis Landeshut, vor dem Schörrichter in Orschberg zu verantworten. Sie soll am 6. Mai d. J. die ihr gebührige Niedermühle in Hermsdorf-Gülfau vorfalschlich in Brand gesteckt haben, um die Versicherungssumme zu erlangen. Die Mühle war ein ganz altes, zum Teil schon eingestürztes Gebäude, das auch nicht mehr bewohnt wurde. Während die Mühle mit 7800 Mk. versichert war, schätzten Sachverständige ihren Wert auf nur 1000 Mk. Die Angeklagte leugnete entschieden ihre Schuld, aber die Geschworenen erachteten sie nach 14stündiger Verhandlung für überführt. Der Gerichtshof verurteilte sie zu drei Jahren Gefängnis und 1000 Mk. Geldstrafe, eventuell weiteren 100 Tagen Gefängnis.

Gefälschte Schlichthoffempfehlung

Vor dem Schwurgericht in Danzig hatten sich die Fleischer Johann Blaschke und Eduard Giese, der Fleischersohn Paul Wendt und der Schreiber Daud wegen Urkundenfälschung zu verantworten. Es handelt sich um den Gebrauch von gefälschten Stempeln des städtischen Schlacht- und Viehhofes, die Daud hatte anfertigen lassen und die er den anderen Angeklagten verkauft haben soll. Diese hatten das damit gestempelte Fleisch ohne gesundheitliche Kontrolle und ohne Zahlung in der Markthalle verkauft. Sämtliche Angeklagten standen wegen gleicher Vergehen schon einmal vor dem Schwurgericht und sind damals auch verurteilt worden. Das Reichsgericht hatte jedoch das Urteil aufgehoben, weil eine Verurteilung der Reichsliste vorgekommen wäre. Nach Ansicht des Reichsgerichts handelt es sich nur um eine Schöffengerichtssache. Die Anklage lautete deshalb nur auf Übertretung des Fleischbeschaffungsgesetzes. Der jugendliche Wendt wurde wegen mangelnder Einsicht freigesprochen; das erste Urteil hatte auf sechs Monate Gefängnis gelaufen. Blaschke, der ebenfalls zu sechs Monaten verurteilt war, ist vor acht Tagen gestorben. Eduard Giese, der zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt war, erhielt heute zwei Monate Gefängnis, die übrigen die erstinständige Untersuchungshaft als verbüßt gelten. Daud erhält fünf Monate Zuchthaus, die übrigen vier Monate Untersuchungshaft. Das spätere Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 11. Oktober.

Zur Erinnerung

an Preussens Zusammenbruch von 1806

der dem verrotteten Junkertum eine entscheidende Niederlage durch Napoleon brachte, veranstaltet der Sozialdemokratische Verein für Breslau und Umgegend anlässlich der hundertsten Wiederkehr dieses denkwürdigen Tages am Montag, den 15. Oktober, eine

öffentliche Gedächtnis-Veranstaltung.

Der 14. Oktober 1806, der den unvermeidlich gewordenen Zusammenstoß zweier feindlichen Welten: des bürgerlich revolutionären Frankreich und des feudalen bis auf die Knochen von den Junkern verwüsten Rastensstaates Preußen brachte, der in der Schlacht von Jena die Strafe für die unfähige Lotterwirtschaft des preussischen Junkertums zeitigte, dieser Tag verdient wohl, von der aufgeklärten Arbeiterchaft Breslaus gewürdigt zu werden. Da die Versammlung zugleich ein neuer Wortstoß gegen die in 100jähriger Interessenwirtschaft wieder üppig gewordene Junkerherrschaft und Junkermiswirtschaft sein soll, erwarten wir eine massenhafte Beteiligung.

Die Versammlung findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses statt. Referent ist Genosse Albert. Frauen haben wie immer Zutritt.

Die Bäckermeister als Schlinglinge des Staatsanwalts.

Zu der ersten Anklageschrift, von der wir kürzlich berichteten, hat der Genosse Macho vom Bäckerverbande nun noch einen Nachtrag erhalten, und zwar soll er den Innungsvorstand sowie 15 Bäckermeister vor dem Nikolaitor durch das verbreitete Flugblatt beleidigt haben. Wahrhaftig ergötzlich! Diese Leuten, die tagtäglich die organisierten Bäckergehilfen und deren Führer, vor allen Dingen den Genossen Macho, mit Schmutz bewerfen und in der schärfsten Weise verleunden, deren Ehre ist gekränkt, weil in dem Flugblatt einige Tatsachen aus dem Bäckergewerbe in Breslau besprochen werden. Nun warten die Herren Splettköpfer, Krantwals, Moses usw. auf den großen Tag, wo die Ehrenflickerei vor dem Kabi stattfinden soll. Wir fürchten aber, die Enttäuschung wird eine große werden, den verhassten Macho werden sie dadurch nicht los.

Ein Häudler, namens Richter, der auf der Kurzeasse sein Geschäft hat und doch sicher auch nur von Arbeitergroschen lebt, hält es für notwendig, das Flugblatt der Bäckermeister im Schaufenster auszuhängen, ob als Witzblatt für die Vorübergehenden oder zur Bekämpfung der Bäckergehilfen, wissen wir nicht, jedenfalls werden die Kunden gut tun, sich danach zu erkundigen.

Genossen, übt nach wie vor strengste Solidarität und meidet die bekannt gegebenen Geschäfte.

Die Kinderausbeutung in der Heilsarmee.

Durch das Kinderbeschäftigungsgesetz ist die Beschäftigung der Kinder zum Teil ganz verboten, zum Teil beschränkt worden. Besonders darf die Jugend nicht im Hausgewerbe beschäftigt werden. Doch diese gesetzlichen Bestimmungen führt die religiöse Seite der Heilsarmee nicht im geringsten an. Unter den Augen der Behörden betreiben diese Leute die Kinderausbeutung in geradezu schändlicher Weise. Wir wollen hier hervorheben, daß die Heilsarmee keinerlei Sonderrechte besitzt; daß sie keine Kollekte, weder in Versammlungen, geschweige in den Häusern erheben darf; daß sie ohne Polizeibefehl nicht einmal ihren sogenannten „Kriegstrup“ zu verbreiten berechtigt ist, und nirgends hat sie die Erlaubnis zu ihrem nächsten Streifzuge durch die Gassen. Und doch darf sie das alles ungehindert tun und vermerken dazu sehr oft kaum der Schule entworfene junge Mädchen. Es besteht die irdige Auffassung, der Erlös komme den Armen zu gute. In den allermeisten Fällen teilen sich aber die „Offiziere“ in den Betalbetrag. Niemand schreit gegen den

Unfug ein. Das Kinderbeschäftigungsgesetz existiert für diese Seite nicht.

Schematisch werden die Kinder in der Heilsarmee zu Hausieren und Bettlern — natürlich für ihren Heiland — erzogen. Die Kinder bekommen regelmäßig ihre Anzahl Diktier zum Verkauf. Ja, die Heilsarmee scheut sogar nicht davor zurück, die Kinder zu allen möglichen mit religiösen Altklammern verpackten Schaustellungen, zu denen man gegen Entrichtung des üblichen Obolus Zutritt hat, zu verwenden. Die Kinder werden benutzt zum Singen in Restaurants und Höfen und zum Betteln, das es nur so eine Art hat.

Bei dem letzten Heilsarmee-Kongresse in Berlin waren mehrere schulpflichtige Kinder als Muster tätig und niemand ist dagegen eingeschritten. Eine volle Woche lang wurden die Knaben von der Schule zurückgehalten, damit sie täglich als Christusstreiter trompeten konnten. Planmäßig verläßt diese Feste die Seele dieser Kinder, die doch aus freien Stücken niemals so solchem Tun bereit wären. Kinder sind in der Heilsarmee noch in später Abendstunde als Zettelvertreter auf den Straßen tätig, sie sind in den freien Stunden Zeitungverkäufer, Kollektoren usw. usw.

Das müssen sie tun für Leute, die der Arbeit systematisch aus dem Wege gehen, für die Herren „Offiziere“. Und dieses Treiben geschieht, wie gesagt, unter den Augen der Behörden, denen die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen über den Kinderbeschäftigung obliegt. Sollte die Behörde deswegen bagegen nicht einschreiten, weil die Heilsarmee die Kinderausbeutung unter der Mütze religiöser Humbug betreibt? Es ist höchste Zeit, daß den Ganaktern ihr unfittliches Handwerk gelegt wird.

Der Saalkampf in Neutirch.

In Neutirch ist die Poulkollage noch unverändert. Im Hofe des Herrn Suderemuth hat nun ein Kasuffel Ausstellung angenommen, das zwar am vorigen Sonntag einen großen Andrang zum Gesichte des Herrn Suderemuth verursachte, während es nun so über in den Schanträumen ausfiel. Die Besucherzahl betrug von 4 bis 9 Uhr ganze 10 Herren und 16 Damen, durch den Abzug des Mittagsessens und durch die Müdigkeit des evanuellischen Arbeitervereins von einem Ergebnis erlöbte sich die Besucherzahl von 8 bis 9 Uhr auf 24 Herren und 20 Damen, von denen 3 Damen — wie früher konstatiert werden muß — im Fabrikarbeiterverband organisiert sind. Von 8 Uhr an flauten die Zahl der Gäste ab, und es verließen zum Schluß 9 Herren und 7 Damen den Saal. Aus Sparsamkeitsrücksichten scheint Suderemuth sogar vergessen zu haben, das Licht vor seinem Lokale angukunden.

Vom Putzerstreik.

Zu dem gestrigen Berichte über die Maurer-Mittelverversammlung wird uns zwecks Nichtigstellung von Genossen Widera mitgeteilt, daß nicht die „Innungen“ Forderungen eingereicht haben, sondern die Innensputzer. Ferner wurde seitens der Unternehmer-Vertreter nicht direkt das Ultimatum an die Schlichtungskommission gestellt, sondern die Vertreter der Arbeitnehmer sollen bis heute dem Bunde nur mitteilen, ob sie die Wiederaufnahme der angeblich unter Vertragsbruch niedergelegten Arbeiten veranlassen werden, um damit den Weg für weitere Verhandlungen zu bahnen. Schließlich wurde auch nicht das generelle Verbot an unsere Mitgliedschaft erlassen, „keine Fassadenputz-Arbeiten auszuführen“, sondern Widera sagte, daß es die erste, vornehmste und eigentlich selbstverständliche Aufgabe eines organisierten Arbeiters ist, einem Streikenden nicht in den Rücken zu fallen, ganz gleichgültig welchem Berufe der Streikende angehöre.

Den Ostwiter Ortsgeudarmen Hoffmann III.

der sich in der Bekämpfung unserer Postkollagen im Frühjahr und Sommer besonders hervor getan hat, soll unser Genosse Rablos durch eine „Volkswacht“-notiz, die er verantwortlich gezeichnet hat, beleidigt haben. Es steht deshalb am 19. Oktober 1906, Vormittags 9^{1/2} Uhr, vor der zweiten Strafkammer wieder einmal Termin gegen Genossen Rablos an. Gegen „Volkswacht“-redakteure schweben außerdem noch gegenwärtig wieder einmal vier Verfahren, die in der Revisionsinstanz befindlichen nicht eingerechnet. Ohne solche kleine „Abwechslungen“ geht es nun einmal in der Redaktion unseres Blattes nicht ab.

Eine Volksversammlung für Klein-Gandau

findet Sonntag Vormittag um 11 Uhr im „Lezten Heller“ statt. Genosse Kaul wird über die gegenwärtig so brennende Frage sprechen, warum der Arbeiter politisch organisiert sein muß. Mehr als je gilt es heute für die arbeitende Bevölkerung, in das politische Leben einzutreten. Die unerträglichen wirtschaftlichen und politischen Zustände zwingen sie dazu. In der Versammlung soll dies des näheren besprochen werden. Die Genossen mögen deshalb für zahlreichen Besuch sorgen. Auch Frauen sind dringend eingeladen.

Die Firma Durst und Mann, Oberschlesisches Holz-

kontor, verwarnt sich dagegen, daß auf ihrem Holzplage Galizier zum Stundenlohn von 24 Pfa. beschäftigt werden. Es soll nur richtig sein, daß einige Oesterreicher, und zwar Mähren, gegenwärtig dort in Arbeit stehen, die ebenso wie die übrigen Arbeiter einen wesentlich höheren Stundenlohn bezahlt erhalten. — Wir sind nun einmal neugierige Leute und möchten deshalb gar zu gerne wissen, wie denn die „wesentlich höheren“ Löhne, sowohl der hiesigen, als auch der österreichischen Arbeiter in solchen ausnehmen. Vielleicht stift die Firma die uns plagende Klugier.

Von der christlichen Toleranz.

Am Sonnabend, den 6. Oktober, wurde der Bauhilfsarbeiter Josef Ritzke vom Wenzel-Sankt-Johann Krankenhaus aus nach dem Friedhof zu Mauritzien an der Steinstraße beerdigt. Da derselbe im Verstande war, wurde er von den organisierten Kollegen mit Ehren begraben, wozu nach Vereinbarung auch die Begleitung unter Trauermusik gehört. Bis her war nur der Ruff, auch wenn die Mitwirkung des Gefährlichen abgelehnt war, auf anderen Friedhöfen kein Hindernis in den Weg gelegt worden. Sie durfte den Friedhof betreten und bis ans Grab gehen. Der Totengräber von St. Mauritzien teilte andere Instruktion zu haben. Als er vor der Leichenhalle des Wenzel-Sankt-Johann Krankenhauses den Kranz mit der roten Schleife erblidete, ging er sofort an die Brust heran und erklärte dieser, daß sie in den Friedhof nicht hineinkönne. Daraufhin fragte der Vertreter des Bauhilfsarbeiter-Verbandes den Totengräber, wer denn das eigentlich nicht gestatte, da ja doch bis jetzt bei jeder Beeridigung die Musik immer bis an das Grab mitgegangen sei und sich nicht ein einziger Totengräber darüber irgendwie aufgeregt hätte, daß ein Kranz mit roter Schleife zur Stelle sei. Der Totengräber aber berief sich auf seine Instruktion, und so blieb der Ruff nichts anderes übrig, als vor dem Friedhofstore Halt zu machen und von dort aus dem Toten den letzten Abschied zu sagen. Der Verordnende wird sicher auch so die maßgebende Kraft gefunden haben. Ob man der Ruff aber den Eintritt auch verweigert hätte, wenn die Begleitung des Gefährlichen nicht abgelehnt und auf die einzige Straßenspende verzichtet worden wäre?

Das Gerbetrafen zum öffentlichen Fernsprecher. Ueber das Gerbetrafen von Personen zu Gesprächen an öffentlichen Sprechstellen sind vom Reichspostamt neue, zum Teil abgeänderte Bestimmungen ergangen. Die Werbung geht als Dienstleistung weiter und erhält ungefähr folgende Fassung: „Gerbetrafen will Schulze-Breslau bei der öffentlichen Fernsprechstelle sprechen. Die gleiche Form der Anfringung wird bei der Übermittlung durch den Fernsprecher angewandt. Die gewünschte Person ist so genau zu bezeichnen, daß sie ohne Nachforschungen und Rückfragen ermittelt werden kann. In Orten mit mehreren öffentlichen Fernsprechstellen kann die Auswähl der Sprechstelle, zu der die gewünschte Person heranzurufen ist, der Vermittlungsstelle des Fernretors überlassen werden. Der Bestimmungsanstalt unmittelbar wird die Anfringung durch Fernsprecher nur übermittelt, wenn es dazu wieder der Zustimmung von Leitungen nach der Annahmehahme von Zwischenanklagen zur Freigabe einer Leitungsstelle bedarf. Die bei den öffentlichen Sprechstellen eingehenden Gerbetrafenankündigungen werden auf Telegramm-Ausstellungsformulare geschrieben und offen bestellt. Ist das Gerbetrafen nur für die verkehrsschwache Zeit zugelassen und als solches angekündigt, so wird die herbeizurufende Person durch einen Zufall in dem Formular auf die Zeit besonders aufmerksam gemacht, in der das Gerbetrafen ausgeführt werden kann. Wenn der Gerbetrafende am Fernretor nicht angetroffen wird, oder der Aufforderung zum Gerbetrafen keine Folge leistet, so ist die öffentliche Sprechstelle, von der die Aufforderung ausgegangen ist, oder die Vermittlungsstelle, an die die Teilnehmerstelle des Auffordernden angeschlossen ist, sowie auch der Auffordernde selbst hieron zu verurteilen. Die Rückmeldungen können auch telegraphisch erfolgen, wenn es vorzuziehbar erscheint.“

Ueber die Wirkungswasser besteht nach der Analyse vom 9. Oktober zu drei Teilen aus Oberwasser und zu zwei Teilen aus Grundwasser. Der Manganoxyd- und Manganulfatgehalt beträgt 1,2 mg bzw. 2,6 mg auf das Liter.

Das Schicksal des „Goldenen Ochsen“. Die am 10. Oktober vor dem Münchener Landgerichte abgehaltene Verhandlung bestand lediglich in der Mitteilung des Vorsitzenden von einem Gerichtsbefehl über die Vernehmung zweier Berliner Antiquare, die an dem Geschäft beteiligt gewesen, ob die Angabe der Klagepartei, daß der Erlös für den Becher 80,000 Mark hätte betragen müssen, richtig sei. Die neue Verhandlung ist für den 8. November anberaumt.

Vom Ekkaberkircheplatz. Die Ablichtung des Magistrats, den Ekkaberkircheplatz in einen Schmutzplatz zu verwandeln, ist, der „Schlef. Bl.“ zufolge, an dem Widerspruch der Kirchenbehörde bergehen, daß in den dort zu schaffenden Anlagen eine Bank zum Ausruhen aufgestellt werden sollte, gescheitert. — Die Furcht der Reichsbehörde, es könne durch diese Bank der Platz zum Sammelplatz linkschauen Gehändels werden, scheint uns schon nach seiner Lage im Zentrum der Stadt und in der nächsten Nähe der Ringes ungeründet zu sein.

Gesperrte Straßen. Für Fuhrwerk und Reiter werden gesperrt: Wegen Leung von Gasröhren: die Trebnitzstraße zwischen Matthiasplatz und Vincenzstraße vom 8. bis 17. d. M., die nördliche Hälfte der Fürstenastraße zwischen Auen- und Parfstraße einschließlich der nördlichen Hälfte der Fürstenastraße und die Parfstraße vom Grundstück Nr. 69 bis zur Fürstenastraße halbsseitig vom 8. Oktober bis 5. November, wegen Wasserung die Einbaumstraße zwischen Bernmannstraße und Trebnitz Gasse einschließlich der Kreuzung Einbaumstraße-Bernmannstraße vom 8. Oktober bis 11. November, wegen Leung von Wasserrohren der alte Brodauweg (Straße 57 des Behaunungsplanes für die ehemalige Gewalung Dürago) zwischen der Schönstraße und der neuen städtischen Gasanstalt IV vom 8. Oktober bis 17. November.

Stadt-Theater. Mehrere große Oper: „Die Hugenotten“ wird heute Donnerstag zur Darstellung gebracht. Bei dem im 3. Akte vorkommenden großen Ballet, welches die Balletmeisterin Fräulein Robertine neu einstudiert hat, wirken die Solotänzerinnen Fräulein Habel, Sterna, Terca und das ganze Balletkorps mit. Die musikalische Leitung hat Herr Balletmeister Bruch, die szenische Herr Kirchner. — Morgen Freitag geht Hebbels Trauerspiel „Maria Magdalene“ mit Fräulein Mayer in der Titelrolle in Szene. — Sonnabend findet eine Aufführung von Richard Wagners romantischer Oper „Tannhäuser“ statt. — Für Sonntag ist eine Wiederholung von Anders beliebiger Oper „Fra Diavolo“ angesetzt. — Im Laufe der nächsten Woche gelang Grillparzers Trauerspiel „Ein treuer Diener seines Herrn“, das in Breslau noch nicht gegeben worden ist, zum ersten Male zur Aufführung. — In der Oper wird Richard Strauß' „Salome“ vorbereitet. Auch die beiden Opern „Die Magd als Herrin“ und „Der Herr Kapellmeister“ befinden sich in Einstudierung.

Lobe-Theater. Heute Donnerstag geht die Detektivkomödie „Sherlock Holmes“ in der bekannten Fassung in Szene. Morgen Freitag wird Offenbachs Operette „Orpheus in der Unterwelt“ wiederholt. Am Sonnabend findet die Premiere von Karl Höfers Lustspiel „Das Lebensfest“ statt. Das amüsante Werk ist in den Hauptrollen mit den Damen Mayer, Köllensfeld, Hammer, Edele, Lang und den Herren Bus, Lubwig, Senius, Kumbert, Wallauer, Koth, Halpern, Barna, Pion, Fröhlich besetzt. Die Inszenierung leitet Herr Bonno. Sonntag wird „Das Lebensfest“ wiederholt.

Volksvorstellungen im Thalia-Theater. Als fünfte Vorstellung für Gruppe B wird heute Donnerstag „Arzouzes Volksstück „Gasemanns Lächler“ gegeben. An der Abendkasse Billeverkauft. Die Ausgabe der Billets für die neuen Gruppen C und D beginnt heute Donnerstag von 10 bis 2 Uhr an der Kasse des Lobeaters und wird an den folgenden Tagen in der Mendantur des Stadttheaters fortgesetzt. — Die vorbestellten Billets, welche Donnerstag 2 Uhr nicht abgeholt sind, werden anderweitig abgegeben.

Sumboldt-Verein. Morgen Freitag geht als Abonnements-Vorstellung für Mitglieder Profers Lustspiel „Der Weichenfresser“ in Szene. An der Abendkasse Billeverkauft.

Der Arbeiter-Nachfahrerverein trifft am 13. d. M., den 13. Oktober, sein 3. Stiftungsfest in Mildes Stadtheater, Gräblichstraße 74. Das Programm setzt sich aus rehsportlichen Aufführungen und einem omnibulichen Tanz zusammen. Der Eintritt kostet für Herren mit Dame 60 Pfa., für einzelne Damen 30 Pfa.; an der Kasse erhöhen sich die Preise auf 75 bzw. 35 Pfa.

Eine Verkehrsordnung rief Mittwoch Nachmittag ein mit Dreizehn beladener Wagen auf der Neustadtstraße hervor. Der Wagen stand mit seinem hinteren Teil auf der Straße und es gelang dem Fahrer nicht, den Wagen mit Hilfe der Pferde aus dem Bereich der Straßenbahnlinie zu bringen. Im Nu war die verkehrshindere Straße von Straßenbahnwagen und Fuhrwerk aller Art gesperrt. Erst den vereinten Bemühungen der Angestellten der Straßenbahn gelang es, den Wagen wieder in die richtige Lage zur Straßensicherung und zur Weiterfahrt zu bringen.

In den Tod gegangen? Am 9. d. M., Vormittags wurde am Strauchweg in der alten Ober- ein hellgrüner Winterüberzieher, ein braunes Jackett und ein Spazierhut gefunden. Vermutlich hat an dieser Stelle ein Mann Selbstmord verübt.

Verurteilt werden seit Mitte August der Arbeiter Heinrich Mayer, Gudenstraße 17, seit dem 26. September der Dienstrichter Robert Trisch.

Weder in Klein-Gandau. Am 9. d. M., Abends gegen 8 Uhr wurde die Feuerweh nach Klein-Gandau gerufen, wo der Wohnung eines Aufschlagschiffers in Brand geraten war. Gegen 9^{1/2} Uhr erfolgte ein Alarm nach der Gieselerstraße 11. Die Wehr rückte, wo zunächst ein Feuer in der Küche auf einer Tische brannte. Selbst wurde auch mit einigen Eimern Wasser gelöscht.

wie über die Entwurfsverhandlungen noch nachzutragen: Nach tagelangen Debatten über die Tagesordnung wurde zur Abstimmung gebracht. Die integralistische Tagesordnung erhielt 26,947, die revolutionäre Tagesordnung 2201, die sozialistische Tagesordnung 5378 Stimmen. 756 Stimmenthaltungen werden verzeichnet. Die Abstimmung, wonach der ursprüngliche Beschl. der Tagesordnung „Die politische Aktion der Partei“ der erste wurde, bezieht den Sieg davon, die ein klares Votum über die Frage des Ministerialismus und Antiministerialismus verzeichnen. Diese Frage hätte bei der Berichterstattung des Vorstandes und der Fraktion verhandelt werden sollen. Die Vorstellung der Debatte über den Synkretismus droht der konkreten Frage des Ministerialismus die Zeit fortzunehmen.

Vorläufige Telegrammbureau meldet aus Rom vom 10. Oktober: Der Sozialistenkongress, welcher heute Morgen die Diskussion der parlamentarischen Gruppe, sowie die Diskussion des Parteiblattes konstituiert, verzieht auf die Debatte, weil die gestern angenommene Tagesordnung gleichbedeutend sei mit einer Amnestie, die sich auf alle Fehler erstreckt die begangen worden seien. Der Parteitag wird heute seine letzte Sitzung beenden.

Eine internationale Wahlversammlung. Anlässlich der Nachwahl im 1. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis (Gadersleben-Sonderburg) hat das sozialdemokratische Wahlkomitee eine Wahlversammlung auf dänischem Boden anberaumt. Diefelbe soll nächsten Sonntag in der Gastwirtschaft Frederikshøj, dicht an der Grenze, stattfinden. Die folgenden Genossen sind als Redner vorgesehen: Volkstagesmandat A. C. Weber-Rosenbagen, Reichstagskandidat B. Michelsen - Gienburg und Redakteur Adler-Miel. Unsere Parteigenossen wurden zu diesem Schritte veranlaßt, weil es nicht möglich ist, daß diesseits der Grenze in Norddänemark ein dänischer sozialdemokratischer Parteitag abgehalten werden kann, sowie der Sozialdemokratie im Wahlkreis Sonderburg-Gadersleben fast keine Versammlungslokale zur Verfügung stehen und auch die Versammlungshäuser der Dänen im Landgebiet nach den Erklärungen der dänischen Presse nicht zu haben sind.

Neber unseren jamaikanischen Genossen Freiherren von Zucco und Cuccagna und die tiefere Gründe seiner plötzlichen Verhinderung zur allseitigmachenden Kirche bringt ein liberales Wählerblatt folgende Mitteilung:

Freiherr von Zucco und Cuccagna war früher österreichischer Kavallerie-Offizier, besaß ein großes Vermögen und hielt sich kostspielige Reinkühe. Nachdem er in nicht zu langer Zeit mit seinem Vermögen fertig war, trat er zum katholischen Glauben über und ward katholischer Geistlicher. Da er sich zu frei äußerte, kam er zur nordischen Mission nach Lapland. Dort gefiel es ihm jedoch so wenig, daß er aus der Mitte sprang, zum evangelischen Glauben übertrat und dann schließlich freireligiös wurde. Ueber die Gründe, die jetzt einen abermaligen Glaubenswechsel zur Folge hatten, bestehen nur Vermutungen. Tatsache ist, daß seiner Familie ein großes Majorat gehört und der Majoratsherr vor kurzem gestorben ist. Sein eigentlicher Erbe wäre Freiherr Zucco von Cuccagna, jedoch kann er das Majorat nur antreten, wenn er katholisch ist. Man geht wohl kaum fehl, wenn man die Verhältnisse mit seinem neuerlichen „Glaubenswechsel“ in Verbindung bringt.

Trifft diese Erklärung zu, so hat Rom keinen Grund, auf den wiedergewonnenen verlorenen Sohn stolz zu sein. Die Handlungsweise des Mannes ist nun so unglücklich, da er die Frau, die er vor wenigen Wochen erst geheiratet hat, durch die Eirat um die ihr bis dahin zustehende Witwenpension gebracht hat.

Arbeiterbewegung.

Der französische Gewerkschaftskongress.

op. Amiens, den 9. Oktober 1906.

Der Kongress hat erst heute seine eigentlichen Verhandlungen begonnen. Den Vorsitz führte David (Grenoble), den man mit Rücksicht auf die jüngste Streikbewegung in jener Stadt gewählt hat. Die Abmilderung der Tagesordnung geht sehr spärlich voran. Die Redezeit ist nicht beschränkt. Das Temperament der Zuhörer sehr lebhaft und der Vorsitzende, der statt der Glocke gewöhnlich einen starken Stoch handhabt, mit dem er lautstark auf den Tisch schlägt, mehr aufgeregt als geschickt.

Soll die ganze Vormittagsitzung wird durch die Verhandlung eines lokalen Streikes ausgefüllt. Die Mandatprüfungs-Kommission hat 984 Mandate von Föderationen zugelassen, die sich auf 55 Föderationen verteilen. 47 Mandate sind zurückgewiesen. Von den Arbeitsbörsen sind 60 zugelassen, eine abgelehnt. Die abgelehnte ist die von Lyon, die sich dem mutualistischen Statut geistig hat und in die Arbeiter-Föderation nicht aufgenommen worden ist. Die 25 Mandate ihrer Föderationen sind von der Kommission für ungültig erklärt worden. An der Diskussion über die Zulassung der Honorar beteiligten sich außer den Sprechern dieser Organisation auch Vertreter der gewerkschaftlichen Verbände. Mehrere Redner vom Konföderations-Vorstand begründeten die Ablehnung mit dem Vorwurf der Statuten der Konföderation, die an einem Ort nur eine Arbeitsbörse gelten lassen. Schließlich wird der Bericht der Mandatprüfungs-Kommission dann gegen eine Opposition von 28 Stimmen genehmigt. Die Schlichtung des Lyoner Konflikts soll von einer Kommission in Angriff genommen werden.

Der Kongress wpricht den russischen Revolutionären eine solidarische Gesinnung aus. Eine andere Resolution ruft wilde Sturmjahren hervor. Ein Antrag, dem Tagesblatt „Revoluzion“ in die Wille wegen seiner Haltung gegen die Konföderation die Beachtung auszusprechen, wird Anlaß zu leidenschaftlichen Angriffen auf die „Kollitzer“. Das genannte Blatt ist nicht Parteiorgan, hat aber Beziehungen zum Depu-rierten Baskin. Ein altes Mitglied der gewerkschaftlichen Partei verfuhr vergebens zu Worte zu kommen. Man schreit und pfeift. Im Tumult wird dann die Entrüstungs-Resolution angenommen.

Zur Bergarbeiterbewegung. Nachdem die Siebener-Kommission am Freitag formell beschlossen hat, mit Lohnforderungen in allen Kreisen Deutschlands vorzugehen, ist die Bewegung durch zwei Versammlungen der Juche Kaiserstuhl bei Dornheim lebhafter in Fluss gekommen. Schon am 2. September fand eine Belegschafts-Versammlung dieser Juche statt, in welcher Wünsche und Forderungen formuliert wurden, die von einer Kommission der Jucherverwaltung überreicht werden sollten. Die Kommission ist ihrer Aufgabe nachgekommen und am Sonntag sollte sie Bericht erstaten. Außerdem fand als zweiter Punkt auf der Tagesordnung ein Vortrag über: Die gegenwärtige günstige Konjunktur und die Aufgaben der Bergarbeiter. Die Kommission gab von ihren Schritten Kenntnis und daß sie von der Direktion der Juche Kaiserstuhl ein Antwortschreiben erhalten habe, welches die Befragung aller Wünsche und Forderungen enthält. Die Versammlung nahm in Anbetracht der mancher von den fünf Verbänden eingeleiteten Lohnforderung von 15 Prozent vorläufig von den lokalen Forderungen Abstand. Die Redner verwiesen auf die ungenügende Höhe Konjunktur, auf den Arbeitermangel, die Kohlennot und die stetig steigenden Gewinne der Unternehmer. Andererseits präzisieren die Arbeiter gar nichts von der letzten Konjunktur. Die geringe Steigerung des Lohnes liege in keinem Verhältnis zu den ungeheuren gesteigerten Lebensmittelpreisen. Vergleiche man die Höhe und Lebensmittelpreise von 1900 und 1906, so müßte sich der Durchschnittslohn, wenn er gleichen Schritt mit den Lebensmittelpreisen würde gehalten haben, 5,22% Markt betragen, er betrage aber nur 1,20% Markt. Darum müßten die Bergleute sich heute um 35% für sich selbst nachfragen gegen das Jahr 1900. Die Bergarbeiter-Deputierten-Konferenz in Schlesien hatte 20.000 Arbeiter, die im letzten Jahre einen Durchschnittslohn von 124 Mark verdient hätten. Die Gesellschaft habe aber pro Kopf der Arbeiter 1121 Mark verdient. Und man wolle die Schlichter oder Beamten noch zu den Betreibern rechnen, die alle diesen Lohnen von dem Ge-

dann habe die Gesellschaft pro Kopf der Arbeiter immer noch 842 Mark verdient. Keinesfalls sehe es mit dem Gewinn der anderen Bergwerks-Gesellschaften. Das Verlangen der Bergleute nach Lohnsteigerung sei also voll berechtigt. Die Bergarbeiter aber müßten sich einig sein, Disziplin wahren und Putsche vermeiden. Den Anweisungen der Siebenerkommission, die in den nächsten Tagen allen Belegschaften Deutschlands die Forderungen ausstellen werde, müsse unbedingt Folge geleistet werden.

Der Streik auf „Rote Erde“ dauert fort. Bei der nach Organisationsvorgenommenen Abstimmung in Sprachen sich die Arbeiter des Hüttenwerkes „Rote Erde“ mit allen gegen 142 Stimmen für Fortführung des Lohnkampfes aus.

Zur Aufsperrung der Hafenarbeiter in Mannheim meldet der Draht: Die Expeditionsdirektoren haben sich mit den streikenden bzw. ausgeperrten Hafenarbeitern solidarisch erklärt und verpflichtet sich, Güter von den in Betracht kommenden Firmen nicht eher zu fahren, bis die Forderungen der Stadtarbeiter bewilligt sind.

Lohnbewegungen in Oesterreich. Im Laufe dieser Woche wird es sich noch entscheiden, ob es bei den Verarbeitern in Mähren-Oraun zum Ausbruch kommt. Bis Freitag müssen die Unternehmer Zugeständnisse gemacht haben, widrigenfalls die Sonntag tagende Delegiertenkonferenz den Streik beschließen würde. — Die Ledergalanteriearbeiter in Wien fordern den Reinstundentag und eine Lohnsteigerung, außerdem Freigabe und Begabung des 1. Mai. — Weil von den Wiener Postamentenarbeiter fünf Werksstätten mit 250 Beschäftigten im Ausbruch sind, beschloß die Arbeitgeber auch die übrige Arbeiterschaft aller Postamentenbetriebe auszusperren. — Ohne Streik dürfte es den Kammerarbeitern gelingen die Einführung des Reinstundentages und eine Lohnsteigerung zu erringen. — Sämtliche Perdeleischhändler des Wiener Stades stehen im Streik. Es handelt sich um 192 Personen. — Die Lohnbewegung der Kunst- und Metallgießer Wiens scheint durch eine Einigung ihr Ende zu finden. — Die Arbeiter der k. k. Lagerhäuser und des Generalaktors in Freikafen von Triest haben im Frühjahr ein Memorandum überreicht, welches vom Kaiserhauskomitee auf Grund der Berichte des Lagerhaus- und Danzigkommissars beraten und dem Handelsministerium zur Beschäftigung unterbreitet wurde. Jetzt teilte man den Vertretern der Arbeiter die der Arbeiterschaft bewilligten Zugeständnisse mit, womit die angestrebten Lohnsteigerungen und die Dienstreise zugestimmt bemilligt erschienen.

Am die Sonntagstruhe. 3000 Pariser Postbedienstete hielten ein Meeting ab und beschloßen, das Parlament anzusprechen, das Gesetz über den wöchentlichen Ruhetag dahin abzuändern, daß seine Wohlthat auch ihnen zuteil werde.

Der erste Streik in Marokko. Aus Tanger wird gemeldet: Der erste Arbeiterstreik ist in Marokko ausgebrochen. Die italienischen und deutschen Arbeiter der Hafengesellschaft in Tanger sind in den Ausbruch getreten, weil ihnen die Kontrakte bei Krankheit und Unfällen keine Unterstützung gewähren will.

Bergarbeiterbewegung in Belgien. Am Sonntag beschloß in Verdun eine Versammlung der belgischen Kohlenarbeiter in eine allgemeine Lohnbewegung zu treten. Die auf 10 Prozent Lohnsteigerung und Verkürzung der Schichtdauer lautenden Forderungen sollen in für nächsten Sonntag einzubringenden Bergarbeiter-Versammlungen diskutiert und am 20. Oktober den belgischen Bergverwaltungen unter Androhung des Ausbruches überreicht werden.

Aus den Gerichtssälen.

Soykottprozesse

befähigten noch fortgesetzt die Breslauer Gerichte. Wie wir seiner Zeit berichtet haben, wurde Genosse Srowig aus Klettenberg vom hiesigen Schöffengericht zu der Höchststrafe von sechs Wochen Haft verurteilt, weil er durch eine fortgesetzte Handlung an mehreren Sonntagen groben Unfug verübt haben sollte. Auf seine Berufung hin hat die Strafkammer die Strafe auf vier Wochen Haft herabgesetzt. — Ein seltsames Bild bot ein anderer Soykott-Prozess, der dieser Tage vor dem Schöffengericht stattfand. Der Arbeiter Fritz Ulrich soll auf der Dorfstraße in Neulirch das preussische Preßgesetz übertreten haben, indem er Soykottflugblätter unentgeltlich verteilte, die vom Besuch des Sudermuth'schen Lokals abrieten. Ulrich bestritt, die ihm zur Last gelegte Handlung, es half aber nichts; denn gegen ihn trat in der Person des Arbeiters Paul Knobloch ein geeigneter Kronzeuge auf. Knobloch gehörte bis vor einiger Zeit dem Verbands an, er hat selbst durch Verteilen von Soykottzetteln „groben Unfug verübt“ und das Preßgesetz übertreten. Ulrich mochte ihn noch als organisierten Arbeiter betrachtet haben, als er ihm einen Kettel gab; der Abtrünnige schloß sich nun aber sofort „beispieler“ und lief zum Gen darmen. Ulrich wurde zu zehn Mark Geldstrafe verurteilt. — Weil er die Tat leugnete, wurde gestern der Arbeiter Wrofel zu zwölf Mark Geldstrafe verurteilt, wä er geständig gewesen, hätte er bloß zehn Mark dafür zu zahlen brauchen, daß er vor dem Hensel'schen Lokale in Klettenberg „groben Unfug“ verübt, indem er die Gäste von dem Lokal fernhielt. Hauptbelastungszeuge war hier der Kaufmann Alexander Gschl, der gesehen hatte, daß das Hensel'sche Lokal beinahe leer war und sich den Kopf darüber zerbrach, wie es ihm gefallen würde, wenn kein Soykott boykottiert würde. Aus Solidarität zu Gschl trat er, was er tun würde, wenn der Soykott sich gegen ihn richtete; er lief zum Gen darm. Er hat zwar Herrn Hensel dadurch das Lokal auch nicht voll machen können, aber einer der Sünder hat sein Zeit weg.

Das preussische Wahlrechtsfl.-blatt keine Aufreihung.

Diese für die Wahlrechtsprozesse der Vergangenheit und nächsten Zukunft in Preußen wichtige Entscheidung fällt am Dienstag der 4. Strafsenat des Reichsgerichts. Der Entscheidung lag folgender Sachverhalt zu Grunde: Genosse Ulfenbaum, Geschäftsführer der „Freien Presse“ in Barmen-Elberfeld, hatte 500.000 Exemplare des preussischen Wahlrechtsflugsblattes in Auftrag gegeben. Als die Befehlsnahme fertig wurde, waren längst über 400.000 Flugblätter über alle Berge. Die Beamten fanden nur noch 50.000 Stück. Genosse Ulfenbaum hatte sich nun am 19. Februar 1906 vor dem Landgericht in Elberfeld zu verantworten. Er soll den § 130 des Strafgesetzbuches verletzt, also in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Bevölkerungsklassen gegeneinander zu Gewalttätigkeiten angereizt haben. Das Gericht sprach aber den Genossen Ulfenbaum frei. Dagegen legte nun der Staatsanwalt Berufung beim Reichsgericht ein. Vor dem Senate erklärte nun der Referent, daß der Oberreichsanwalt die Revision des Elberfelder Staatsanwalts nicht unterbreite.

Diese Revision meint nämlich, daß das Urteil auf solcher Anwendung des § 130 beruhe. Das Gericht habe gemeint, daß der Schlag des Flugblattes formlose Auffassungen bei den Lesern hervorzurufen müßte. Das sei irrtümlich. Es seien vor dem Flugblatt nicht bloß zwei leidenschaftliche Artikel in der „Freien Arbeiterzeitung“ und der „Freien Presse“ erschienen, die in ihrer Wirkung auf die Leser des Flugblattes berückichtigt werden müßten, sondern in dem Flugblatt selber werde auch der Ruf zur Erhebung laut und zwar unter Hinweis auf Rußland und Polen, Oesterreich und andere Nachbarstaaten. Es sei deshalb als natürlich anzusehen und möglich, daß der Leser des Flugblattes als Anreiz zu Gewalttätigkeiten empfänglich launete. Es genüge aber zur Erfüllung des Dolus des § 130, daß man diese Anreizungen herauslesen könne. Eine solche Aufforderung zu Gewalttätigkeiten mit unbestimmten Worten sei nicht vom Gesetz gefordert.

Das Reichsgericht schloß sich diesen Deduktionen des Elberfelder Staatsanwalts nicht an. Genosse Ulfenbaum, und damit das preussische Wahlrechtsflugsblatt, bleibt freigesprochen. Das war also am Rhein wieder einmal eine preussische Staatsanwaltschaft und Staatsregierung.

Wegen Fälschung des Wahlergebnisses

hatte sich der evan.liche Pastor Dr. Schöner vor dem Landgericht in Gießen zu verantworten. Der Gottesmann hatte das Ergebnis der Wahlen zum Kirchenvorstand gefälscht. In der Verhandlung bezeugten 14 Zeugen unter ihrem Eid, dem Bürgermeister ihr: Stimme gegeben zu haben, während sich für diesen, dem Pfaffen unbecuemten Kandidaten nur 8 Stimm vorgefunden hatten. Das Gericht erkannte auf die gefällige Mindeststrafe von einer Woche Gefängnis.

Ademisch gebildete Rowdy.

In der Nacht vom 30. Oktober 1905, um 2 Uhr, fuhr der Unternehmer Sippold mit seiner Frau in einer Droschke von Salensee bei Berlin nach seiner Wohnung in Schmorghorst. In der Droschke saßen der Gemann die Fahrt bezahlte, ging seine Frau einige Schritte voraus. Der Student Müller, der mit den beiden an deren Angetragten und Studenten aus dem Rastkeller kam, — die Studenten hatten selber weibliche Begleitung — folgte nun der Frau Sippold, sagte sie um den Hals und wollte sie an sich ziehen. Der hinzukommende Gemann verbot sich ein solches Benehmen mit dem ausdrücklichen Bemerkten, daß die Dame seine Frau sei. Da kam er aber bei den drei „adademisch gebildeten“ jungen Leuten schon an. „Was will der Kaufmann?“ schrie Müller, und schlug mit seinem Stöckel auf Sippold ein. Und als der Angegriffene sich zur Wehr setzen wollte, entriß man ihm seinen Stöckel, seine letzte Verteidigung, warf ihn zu Boden, und alle drei „Adademiker“ prügelten auf den Wehrlosen ein. Damit nicht genug. Der eine dieser Rowdys stach mit einem Stöckel gegen die beiden anderen prügelten mit ihren Spozierstöcken nicht bloß den Mann, sondern auch die Frau, die die Hände schützend über den Kopf ihres Mannes hielt und fortwährend flehte, doch von ihrem Manne abzulassen, sie hätten kleine Kinder zu Haus. Aber die drei setzten ihren Lärm erst von dem gefährlich verletzten Ehepaar ab, als dieses laut um Hilfe rief. Das Landgericht in 2. Instanz verurteilte am 20. Februar 1906 wegen gemeinlichster Körperverletzung Müller und Freund zu je 10 Monaten und Beder zu 6 Monaten Gefängnis.

Das Ersuchen den jungen Herren zu viel Strafe für ihre Tapferkeit. Sie legten Revision beim Reichsgericht ein. Ihr Verteidiger, Leonhard Friedmann aus Berlin, begründete unter anderem auch die Revision so: Der Vorder richter habe die Persönlichkeiten der jungen Leute nicht genügend gewürdigt. Sie seien aus den besten sozialen und Familienkreisen und deshalb können die Angeklagten eine solche — allerdings nicht zu entschuldigende Tat nur in finstlicher Betrunktheit verübt haben.

Der 2. Strafsenat des Reichsgerichts verwarf aber die Revision der drei jungen Leute „aus den besten sozialen und Familienkreisen“. Es bleibt also bei dem Urteil.

Reizen Soldaten über zur Gewalttätigkeit

Vom Landgericht Essen a. d. Ruhr ist am 26. April der Händler Anton Mustel in Wanne zu einer Geldstrafe von 100 Mark wegen Vergehens gegen § 130 des Strafgesetzbuches verurteilt worden. In Katernberg fand eine Versammlung der polnischen Soldaten (Turn-) Vereine statt, auf welcher Preise verteilt wurden. Diese bestanden in Bildern, von denen das eine nach Ansicht des Gerichts den Laibbestand des § 130 erfüllt. Es ist das Bild in der Reichstagsverhandlung über den Antrag der polnischen Fraktion auf Aenderung des § 130 des Strafgesetzbuches vorgelegt. Es zeigt einen Turner, der eine Lanze und eine brennende Fackel trägt. Das Bild in Verbindung mit einer darunter befindlichen Unterschrift, die national-polnischen Hoffnungen Ausdruck gibt, soll nach Ansicht des Gerichts geeignet sein, die polnische Bevölkerungsklasse zu Gewalttätigkeiten gegen die deutsche anzureizen. — Die Revision des Angeklagten wurde am Montag vom Reichsgericht verworfen. — Soll gleiches Recht gelten, so müßten nach dieser Entscheidung auch Soldatenbilder oder gar Kriegsgemälde strafbar sein. Werden die Direktoren der Nationalgarde und der königlichen Museen und Händler von Soldatenbildern auch wegen „Anreizung zu Gewalttätigkeiten“ unter Anklage gestellt werden? Oder ist ein polnischer Turner gefährlicher als ein Regiment preussischer Soldaten?

Staatliche Proletarier.

Vor dem Schöffengericht in Gießen stand der Weichenseller und Stellvertretende Stationsbeamte Otto Ulrich, zuletzt auf der Station Dornheim tätig. Dem 34-jährigen Mann wurde von seinen Vorgängern und den anderen Reumundzeugen ein glänzendes Zeugnis ausgestellt. Der Mann, der längere Zeit eine kranke Frau und drei Kinder zu ernähren hatte, war schon durch diese Verhältnisse in Geiß-Nidda, wo er pro Tag 2.50 Mark bei freier Wohnung erhielt, verschuldet. Am 1. Januar wurde der Mann endlich festangestellt und auf seinen Wunsch nach Dornheim versetzt, erhielt 900 Mark Gehalt und 50 Mark Wohnungsgeld. Gleich im ersten Vierteljahr mußte der Beamte 78 Mark Klebergeld sich abziehen lassen, dazu kamen noch 13.50 Mark in Abzug für Versicherungen, die Miete von jährlich 150 Mark, so daß dem Manne zum Leben für sich, seine kranke Frau und drei Kinder täglich 1.84 Mark blieben. Dazu die drängenden Gläubiger. Er unterschlug der Eisenbahn nach und nach 1050 Mark und schloß die Bücher, um seine Tat zu verdecken. Nachdem das Tun entdeckt war, deckte er mit Hilfe von Verwandten den Hehlbetrag. Die Geschworenen ermäßigten einstimmig den Verteidiger des bedauernswerten Mannes, Justizrat Dr. Gutfisch, in ihrem Namen ein Gnaden-gesuch einzureichen.

Eine Stadt, die einen Polizisten anpöndelt.

Im Frühjahr dieses Jahres waren in der „Pommerischen Ostseewarte“ mehrere Artikel über Franzb. Bürger kommunale Verhältnisse, insbesondere über die Geldnot der Stadt erschienen, deren zweiter in drastischer Weise schilderte, daß Franzburgs finanzielle Situation wieder behoben sei, weil der Magistrat von seinem Polizeibeamter Schulz sich 1000 Mark ausgeliehen habe usw. Der Bürgermeister von Franzburg klagte gegen das Blatt. Zeugen behaupteten aber, daß am 1. April die Beamten Franzburgs nur etwa ein Drittel ihres Gehalts ausbezahlt erhalten. Polizeibeamter Schulz als Zeuge erklärte, er habe der Stadt Franzburg gegen Schuldschein 1000 Mark geliehen; Bürgermeister Krause gab die Aussagen des Zeugen zu, meinte aber, etwas Demütigendes könne er in der Annahme eines Darlehens vom Polizeibeamter nicht sehen, Schulz sei doch Beamter und daher immer noch mehr als ein gewöhnlicher Bürger. Das Schöffengericht sprach jedoch, da es den Wahrheitsbeweis für erbracht hielt, die beiden Angeklagten frei.

Eine Ragenmuffel

war dem Malermeister Müller auf der Zehnerstraße zu Breslau in der Nacht vom 13. zum 14. Mai alleruntertänigst dargebracht worden. Die bei ihm beschäftigt gewesenen Gesellen und Anstreicher hatten den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert, und waren daraufhin ausgesperrt worden. Die Folge war, daß der Maler-Verband die Sperre über das Geschäft verhängte. Unruhig wälzte sich Herr Müller in jener Nacht auf seinem Lager, als plötzlich gegen 1/2 Uhr unter seinem Fenster die Ragenmuffel erkante. An der Stimme wollte er die fünf Leute erkannt haben, die früher bei ihm in Arbeit gestanden hatten. Obwohl diese dann vor dem Schöffengericht bestritten, den ihnen zur Last gelegten groben Unfug verübt zu haben, wurden sie doch auf die Aussagen des Müller hin zu je 21 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Breslauer Strafkammer verhandelte am Mittwoch über die eingelegte Berufung. Eine große Anzahl von Zeugen waren geladen, die teils behaupteten, daß die Angeklagten für um diese Zeit anbetend aufgehalten hatten, und andere wieder, die genau wußten, welche Leute es gewesen waren. Die Herrn Müller in nächster Stunde eine solche Charakterdarstellung hatten. Die Verhandlung nahm diesmal einen recht un-

ermittelten Verlauf. Herr Müller ist mit einem der Angeklagten verwandt, und so machte er diesmal von seinem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch. Damit erlittigte sich jede weitere Beweisaufnahme, und infolge Mangel an Beweisen erfolgte Freisprechung.

Wesens Grundstiftung

hatte sich die Gastwirtin Olga Jentsch aus Dittersbach-Gülfau, Kreis Landeshut, vor dem Schwurgericht in Hirschberg zu verantworten. Sie soll am 6. Mai d. J. die ihr gehörige Riedermühle in Derrsdorf-Gülfau vorfalsch in Brand gesetzt haben, um die Versicherungssumme zu erlangen. Die Mühle war ein ganz altes, zum Teil schon eingestürztes Gebäude, das auch nicht mehr bewohnt wurde. Während die Mühle mit 7500 Mk. versichert war, schätzten Sachverständiger ihren Wert auf nur 1000 Mk. Die Angeklagte leugnete entschieden ihre Schuld, aber die Geschworenen erachteten sie nach 14tägiger Verhandlung für überführt. Der Gerichtshof verurteilte sie zu drei Jahren Gefängnis und 1000 Mk. Geldstrafe, eventuell weiteren 100 Tagen Gefängnis.

Gefährliche Schachhoffstempel.

Vor dem Schwurgericht in Danzig hatten sich die Fleischer Johann Blasche und Eduard Giese, der Fleischersohn Paul Wendt und der Schreiber Dzug wegen Urkundenfälschung zu verantworten. Es handelt sich um den Gebrauch von gefälschten Stempeln des städtischen Schlacht- und Viehhofes, die Dzug hatte anfertigen lassen und die er den anderen Angeklagten verkauft haben soll. Diese hatten das damit gestempelte Fleisch ohne gesunde heftliche Kontrolle und ohne die übliche Zahlung in der Markthalle verkauft. Sämtliche Angeklagten standen wegen gleicher Vergehen schon einmal vor dem Schwurgericht und sind damals auch verurteilt worden. Das Reichsgericht hatte jedoch das Urteil aufgehoben, weil eine Verletzung der Rechtslage vorgekommen wäre. Nach Ansicht des Reichsgerichts handelt es sich nur um eine Schöffengerichtssache. Die Anklage lautete deshalb jetzt nur auf Übertretung des Fleischbeschaugesetzes. Der jugendliche Wendt wurde wegen mangelnder Einsicht freigesprochen; das erste Urteil hatte auf sechs Monate Gefängnis gelaufen. Blasche, der ebenfalls zu sechs Monaten verurteilt war, ist vor acht Tagen gestorben. Eduard Giese, der zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt war, erkrankte heute am 14. Oktober an Scharlach, die durch die erkrankte Untersuchungsgefängnis-Verwaltung herbeigeführt wurde. Dzug erhielt fünf Monate abgültig... Monate Untersuchungsgefängnis. Das frühere Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 11. Oktober.

Zur Erinnerung

an Preußens Zusammenbruch von 1806

der dem verrotteten Junkertum eine entscheidende Niederlage durch Napoleon brachte, veranstaltet der Sozialdemokratische Verein für Breslau und Umgegend anlässlich der hundertsten Wiederkehr dieses denkwürdigen Tages am Montag, den 15. Oktober, eine

öffentliche Gedächtnis-Versammlung.

Der 14. Oktober 1806, der den unvermeidlich gewordenen Zusammenstoß zweier feindlichen Welten: des bürgerlich revolutionären Frankreich und des feudalen bis auf die Knochen von den Junkern verwüsteten Kastensstaates Preußen brachte, der in der Schlacht von Jena die Strafe für die unfähige Lotterwirtschaft des preussischen Junkertums zeitigte, dieser Tag verdient wohl, von der aufgeklärten Arbeiterschaft Breslaus gewürdigt zu werden. Da die Versammlung zugleich ein neuer Vorstoß gegen die in 100jähriger Interessenwirtschaft wieder üppig gewordene Junkerherrschaft und Junkerwirtschaft sein soll, erwarten wir eine massenhafte Beteiligung.

Die Versammlung findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses statt. Referent ist Genosse Albert. Frauen haben wie immer Zutritt.

Die Bäckermeister als Schlinglinge des Staatsanwalts.

Zu der ersten Anklageschrift, von der wir kürzlich berichteten, hat der Genosse Mache vom Bäckerverbande nun noch einen Nachtrag erhalten, und zwar soll er den Innungsvorstand sowie 15 Bäckermeister vor dem Nikolaitor durch das verbreitete Flugblatt beleidigt haben. Wahrscheinlich ergötzt! Diese Leute, die tagtäglich die organisierten Bäckergesellen und deren Führer, vor allen Dingen den Genossen Mache, mit Schmutz bewerfen und in der schafelsten Weise verleumben, deren Ehre ist gekränkt, weil in dem Flugblatt einige Tatsachen aus dem Bäckergewerbe in Breslau besprochen werden. Nun warten die Herren Spleißstößer, Krantwald, Moses usw. auf den großen Tag, wo die Ehrenstücker vor dem Kabi sitzen sollen. Wir fürchten aber, die Enttäuschung wird eine große werden, den verhassten Mache werden sie dadurch nicht los.

Ein Häubler, namens Richter, der auf der Kurzeasse sein Geschäft hat und doch sicher auch nur von Arbeitergroßen lebt, hält es für notwendig, das Flugblatt der Bäckermeister im Schaufenster auszuhängen, ob als Witzblatt für die Vorübergehenden oder zur Bekämpfung der Bäckergesellen, wissen wir nicht, jedenfalls werden die Kunden gut tun, sich danach zu erkundigen.

Genossen, übt nach wie vor strengste Solidarität und meidet die bekannt gegebenen Geschäfte.

Die Kinderausbeutung in der Heilsarmee.

Durch das Kinderbeschützgesetz ist die Beschäftigung der Kinder zum Teil ganz verboten, zum Teil beschränkt worden. Besonders darf die Jugend nicht im Hausgewerbe beschäftigt werden. Doch diese gesetzlichen Bestimmungen sind die rechtliche Seite der Heilsarmee nicht im geringsten an. Unter den Augen der Behörden betreiben diese Leute die Kinderausbeutung in geradezu schamlosiger Weise.

Wir wollen hier hervorheben, daß die Heilsarmee keinerlei Sonderrechte besitzt; daß sie keine Kollekte, weder in Versammlungen, geschweige in den Häusern erheben darf; daß sie ohne Polizeiarrest nicht einmal ihren sogenannten „Arbeitsort“ zu betreiben berechtigt ist, und nirgends hat sie die Erlaubnis zu ihren schändlichen Streichen durch die Gassen. Und doch darf sie das alles ungehindert tun und verpendet dazu sehr oft laum der Schule entwachsene junge Mädchen.

Es besteht die trüge Auffassung, der Erlös komme den Armen zu gute. In den allermeisten Fällen teilen sich aber die „Offiziere“ in den Betreibung. Niemand streitet gegen den

Unfug ein. Das Kinderbeschützgesetz existiert für diese Leute nicht.

Systematisch werden die Kinder in der Heilsarmee zu Hausieren und Betteln — natürlich für ihren Heiland — erzogen. Die Kinder bekommen regelmäßig ihre Anzahl Blätter zum Verkauf. Ja, die Heilsarmee schaut sogar nicht davor zurück, die Kinder zu allen möglichen mit religiösem Klimate verquälten Schaustellungen, zu denen man gegen Entrichtung des üblichen Dolus Zutritt hat, zu verwenden. Die Kinder werden benutzt zum Singen in Restaurants und Höfen und zum Betteln, das es nur so eine Art hat.

Bei dem letzten Heilsarmee-Kongresse in Berlin waren mehrere schulpflichtige Kinder als Musiker tätig und niemand ist dagegen eingeschritten. Eine volle Woche lang wurden die Knaben von der Schule zurückgehalten, damit sie täglich als Christusstreiter trompeten konnten. Blamäßig verhält diese Caste die Seele dieser Kinder, die doch aus freien Stücken niemals zu solchem Tun bereit wären. Kinder sind in der Heilsarmee noch in späteren Jahren als Beibehalter auf den Straßen tätig, sie sind in den freien Stunden Zeitungsverkäufer, Kollektoren usw.

Das müssen sie tun für Leute, die der Arbeit systematisch aus dem Wege gehen, für die Herren „Offiziere“. Und dieses Treiben geschieht, wie gesagt, unter den Augen der Behörden, denen die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen über den Kinderbeschütz obliegt. Sollte die Behörde deswegen dagegen nicht einschreiten, weil die Heilsarmee die Kinderausbeutung unter der Mäule religiöser Humbug betreibt? Es ist höchste Zeit, daß den Fanatikern ihr unästhetisches Handwerk gelegt wird.

Der Saalkampf in Neutirch.

In Neutirch ist die Revolutionslage noch unverändert. Im Hofe des Herrn Suderemuth hat nun ein Kasseler Aufstellung angenommen, das zwar am vorigen Sonntag einen großen Andrang zum Gehst des Herrn Suderemuth verursachte, während es um 10 Uhr in den Schankräumen ausfiel. Die Besucherzahl betrug von 4 bis 6 Uhr ganze 10 Herren und 16 Damen, durch den Antritt des Militärvereins und durch die Mitglieder des evangelischen Arbeitervereins von einem Ergebnis erhielt sich die Besucherzahl von 6 bis 8 Uhr auf 24 Herren und 20 Damen, von denen 2 Damen — wie leider konstatiert werden muß — im Arbeiterverband organisiert sind. Von 8 Uhr an kanten die Zahl der Gäste ab, und es verließen zum Schluss 9 Herren und 7 Damen den Saal. Aus Erwartungsvollstücken scheint Suderemuth sogar vergessen zu haben, das Licht vor seinem Lokale angazustellen.

Vom Putzerstreik.

Zu dem gestrigen Verichte über die Maurer-Mitgliederversammlung wird uns zwecks Nichtigstellung von Genossen Widera mitgeteilt, daß nicht die „Innungen“ Forderungen eingereicht haben, sondern die „Innenputzer“. Ferner wurde seitens der Unternehmervertreter nicht direkt das Ultimatum an die Schlichtungskommission gestellt, sondern die Vertreter der Arbeitnehmer sollen bis heute dem Bunde nur mitteilen, ob sie die Wiederaufnahme der angelegten unter Vertragbruch niedergelegten Arbeiten veranlassen werden, um damit den Weg für weitere Verhandlungen zu bahnen. Schließlich wurde auch nicht das generelle Verbot an unsere Mitgliedschaft erlassen, „keine Fassadenputz-Arbeiten auszuführen“, sondern Widera sagte, daß es die erste, vornehmste und eigentlich selbstverständliche Aufgabe eines organisierten Arbeiters ist, einem Streikenden nicht in den Rücken zu fallen, ganz gleichgültig welchem Berufe der Streikende angehört.

Den Ostwäher Ortsgegendarmen Hoffmann III, der sich in der Bekämpfung unserer Volksposten im Frühjahr und Sommer besonders hervorgetan hat, soll unser Genosse Rablos durch eine „Volkswacht“-notiz, die er verantwortlich gezeichnet hat, beleidigt haben. Es steht deshalb am 19. Oktober 1906, Vormittags 9 1/2 Uhr, vor der zweiten Strafkammer wieder einmal Termin gegen Genossen Rablos an. Gegen „Volkswacht“-redakteure schreiben außerdem noch gegenwärtig wieder einmal vier Verfahren, die in der Revisionssinstanz befindlichen nicht eingerechnet. Ohne solche kleine „Abwechslungen“ geht es nun einmal in der Redaktion unseres Blattes nicht ab.

Eine Volksversammlung für Klein-Gandau findet Sonntag Vormittag um 11 Uhr im „Lezten Heller“ statt. Genosse Kaul wird über die gegenwärtig so brennende Frage sprechen, warum der Arbeiter politisch organisiert sein muß. Mehr als je gilt es heute für die arbeitende Bevölkerung, in das politische Leben einzugreifen. Die unerträglichen wirtschaftlichen und politischen Zustände zwingen sie dazu. In der Versammlung soll dies des näheren besprochen werden. Die Genossen mögen deshalb für zahlreichen Besuch sorgen. Auch Frauen sind dringend eingeladen.

Die Firma Durschil und Mann, Oberschlesisches Holzkontor, verachtet sich dagegen, daß auf ihrem Holzplatze Galizier zum Stundenlohn von 24 Pfa. beschäftigt werden. Es soll nur richtig sein, daß einige Oesterreicher, und zwar Mähren, gegenwärtig dort in Arbeit stehen, die ebenso wie die übrigen Arbeiter einen wesentlich höheren Stundenlohn bezahlt erhalten. — Wir sind nun einmal neugierige Leute und möchten deshalb gar zu gerne wissen, wie denn die „wesentlich höheren“ Löhne, sowohl der stehigen, als auch der überreichlichen Arbeiter sich in Zahlen ausnehmen. Vielleicht hilft die Firma die uns plagende Neugier.

Von der christlichen Toleranz. Am Sonnabend, den 6. Oktober, wurde der Bauhilfsarbeiter Josef Rißle vom Bengel-Gantleichen Krankenhause aus nach dem Friedhof zu Mauritzius an der Steinstraße beerdigt. Da derselbe im Verbands war, wurde er von den organisierten Kollegen mit Ehren begraben, wozu nach Verbandsbestimmungen auch die Begleitung unter Trauermusik gehört. Dieser war nun der Musik, auch wenn die Mitwirkung des Geistlichen abgelehnt war, auf anderen Friedhöfen kein Hindernis in den Weg gelegt worden. Sie durfte den Friedhof betreten und bis ans Grab gehen. Der Totengräber von St. Mauritius scheint andere Instruktion zu haben. Als er vor der Leichenhalle des Bengel-Gantleichen Krankenhauses den Kranz mit der roten Schleife erblickte, ging er sofort an die Musik heran und erklärte dieser, daß sie in den Friedhof nicht hineinkommen dürfe. Daraufhin fragte der Vertreter des Bauhilfsarbeiter-Verbandes den Totengräber, wer denn das eigentlich nicht gestatte, da ja doch bis jetzt bei jeder Beerdigung die Musik immer bis an das Grab mitgegangen sei und sich nicht ein einziger Totengräber darüber irgendwie aufgeregt hätte, daß ein Kranz mit roter Schleife zur Stelle sei. Der Totengräber aber bestieg sich auf seine Instruktion, und so blieb der Musik nichts anderes übrig, als nun dem Friedhofe den Rücken zu machen und nach dort aus dem Toten den letzten Abschied zu sagen. Der Verordnende wird sicher auch so die wohlverdiente Ruhe gefunden haben. Ob man der Musik aber den Eintritt zum Begräbnis hätte, wenn die Begleitung des Geistlichen nicht abgelehnt und auf die ammele stehende bezogen worden wäre?

Das Verbot zum öffentlichen Versprechen. Ueber das Verbot von Personen zu Versprechen an öffentlichen Sprechstellen sind vom Reichspostamt neue, zum Teil abgeänderte Bestimmungen ergangen. Die Meldung geht als Dienstnotiz weiter und enthält ungefähr folgende Fassung: „Öffentliche Sprechstellen sind bei öffentlichen Versprechungen zu vermeiden. Die gleiche Form der Ankündigung wird bei der Übermittlung durch den Fernsprecher angewandt. Die gewünschte Person ist so genau zu bezeichnen, daß sie ohne Nachforschungen und Rückfragen ermittelt werden kann. In Orten mit mehreren öffentlichen Sprechstellen kann die Auswahl der Sprechstelle, zu der die gewünschte Person heranzurufen ist, der Vermittlungsstelle des Fernortes überlassen werden. Der Bestimmungsort unmittelbar wird die Ankündigung durch Fernsprecher nur übermittelt, wenn es dazu weder der Zusammenhaltung von Leitungen noch der Inanspruchnahme von Privatleitungen zur Freigabe einer Leitungslinie bedarf. Die bei öffentlichen Sprechstellen eingehenden Gesprächsankündigungen werden auf Telegramm-Austunftsformulare geschrieben und offen bestellt. Ist das Gespräch nur für die verkehrsbeschäftigte Zeit zugelassen und als solches angekündigt, so wird die herbeizurufende Person durch einen Ruf in dem Formular auf die Zeit besonders aufmerksam gemacht, in der das Gespräch ausgeführt werden kann. Wenn der Verbetreffende am Fernorte nicht angelassen wird, oder der Aufforderung zum Gespräch keine Folge leistet, so ist die öffentliche Sprechstelle, von der die Aufforderung ausgegangen ist, oder die Vermittlungsstelle, an die die Teilnehmerstelle des Auffordernden angeschlossen ist, sowie auch der Auffordernde selbst hieron zu verständigen. Die Rückmeldungen können auch telegraphisch erfolgen, wenn es vorzuziehend erscheint.“

Unter Leitungswasser besteht nach der Analyse vom 9. Oktober aus zwei Teilen aus Oberwasser und zu zwei Teilen aus Grundwasser. Der Mangankörper und Mangankörpergehalt beträgt 1,2 mg bzw. 2,6 mg auf das Liter.

Das Schicksal des Goldenen Ochsen. Die am 10. Oktober vor dem Münchener Landgerichte abgehaltene Verhandlung bestand lediglich in der Mitteilung des Vorsitzenden von einem Gerichtsbeschluss über die Vernehmung zweier Berliner Antiquare, die an der Versteigerung des Ochsen, der die Aufgabe der Ragnapartei, daß der Erlös zur den Decker 50,000 Mark hätte betragen müssen, zirkuliert sei. Die neue Verhandlung ist für den 8. November anberaumt.

Vom Elfenbeinplatz. Die Absicht des Magistrats, den Elfenbeinplatz in einen Schuckplatz zu verwandeln, ist, der „Schul. Bl.“ zufolge, an dem Widerpruch der Kirche nicht zu scheitern, daß in der dort zu schaffenden Anlagen eine Bank zum Ausruhen Anstellung finden sollte, als eiert. — Die Furcht der Kirchenbehörde, es könne durch diese Bank der Platz zum Sammelplatz für schandliche Gesindel werden, scheint uns schon nach seiner Lage im Zentrum der Stadt und in der nächsten Nähe des Ringes unbegründet zu sein.

Geberete Straßen. Für Fuhrwerk und Reiter werden gepflastert. Wegen Reinigung von Gassen: die Trebnitzstraße zwischen Wallthiasplatz und Vincenzstraße vom 8. bis 17. d. M., die nördliche Hälfte der Fürstentrafal zwischen Aren- und Parkstraße einschließlich der nördlichen Hälfte der Fürstentrafal und die Parkstraße vom Grundstück Nr. 53 bis zur Fürstentrafal halbleitig vom 8. Oktober bis 2. November, wegen Pflasterung die Einbaumstraße zwischen Derrmannstraße und Trebnitz Chaussee einschließlich der Kreuzung Einbaumstraße-Derrmannstraße vom 8. Oktober bis 11. November, wegen Reinigung von Wasserläufen der alte Brodauweg (Straße 57 des Bauamtsplans für die ehemalige Gemarkung Darrau) zwischen der Schönstraße und der neuen städtischen Kasernen IV vom 8. Oktober bis 17. November.

Stadt-Theater. Meyerbeers große Oper: „Die Hugenotten“ wird heute Donnerstag zur Darstellung gebracht. Bei dem im 3. Akte vorkommenden großen Ballet, welches die Balletmeisterin Fräulein Robertine neu einstudiert hat, wirken die Solotänzerinnen Fräulein Habel, Sterna, Terca und das ganze Balletkorps mit. Die musikalische Leitung hat Herr Balletmeister Brud, die szenische Herr Richter. — Morgen Freitag geht Sebels Trauerpiel „Maria Magdalena“ mit Fräulein Mayer in der Titelrolle in Szene. — Sonnabend findet eine Aufführung von Richard Wagners romantischer Oper „Tannhäuser“ statt. — Für Sonntag ist eine Wiederholung von Anders beliebter Oper „Fra Diavolo“ angesetzt. — Im Laufe der nächsten Woche gelangt Grillparzers Trauerpiel „Ein treuer Diener seines Herrn“, das in Breslau noch nicht gegeben worden ist, zum ersten Male zur Aufführung. — In der Oper wird Richard Strauß' „Salome“ vorbereitet. Auch die beiden Opern „Die Magd als Herrin“ und „Der Herr Kapellmeister“ befinden sich in Einstudierung.

Soboth-Theater. Heute Donnerstag geht die Detektivkomödie „Sherlock Holmes“ in der bekannten Fassung in Szene. Morgen Freitag wird Offenbachs Operette „Dyphus in der Unterwelt“ wiederholt. Am Sonnabend findet die Premiere von Karl Hübners Lustspiel „Das Lebensfest“ statt. Das amüsante Werk ist in den Hauptrollen mit den Damen Mayer, Kästner, Hammer, Edele, Lang und den Herren Bus, Ludwig, Semis, Kumbert, Wallauer, Koch, Halpern, Barna, Pion, Friedlich besetzt. Die Inszenierung leitet Herr Donno. Sonntag wird „Das Lebensfest“ wiederholt.

Volkshorstellungen im Thalia-Theater. Als fünfte Vorstellung für Gruppe B wird heute Donnerstag Larrouges Volksstück „Safemanns Lächel“ gegeben. An der Abendkasse Billeverkauft. Die Ausgabe der Billets für die neuen Gruppen C und D beginnt heute Donnerstag von 10 bis 2 Uhr an der Kasse des Lobetheaters und wird an den folgenden Tagen in der Redantur des Stadttheaters fortgesetzt. — Die vorbestellten Billets, welche Donnerstag Mittag bis 2 Uhr nicht abgeholt sind, werden anderweitig abgegeben.

Gumboldt-Verein. Morgen Freitag geht als Abonnements-Vorstellung für Mitglieder Hofers Lustspiel „Der Beilchenkreiser“ in Szene. An der Abendkasse Billeverkauft.

Der Arbeiter-Radfahrerverein Reichsaut in Gräbchen veranstaltet nächsten Sonnabend, den 13. Oktober, sein 8. Stiftungsfest im Rildes Tablierement, Gräbchenstraße 74. Das Programm setzt sich aus radsportlichen Aufführungen und einem gemütlichen Tanz zusammen. Der Eintritt kostet für Herren mit Dame 60 Pfa., für einzelne Damen 30 Pfa.; an der Kasse erhöhen sich die Preise auf 75 bzw. 35 Pfa.

Eine Verkehrsnotiz. Am Mittwoch Nachmittag ein mit Brettern beladener Wagen auf der Reuscherstraße herab. Der Wagen stand mit seinem hinteren Teil quer zur Straße und es gelang dem Fahrer nicht, den Wagen mit Hilfe der Pferde aus dem Bereich der Straßenbahnstraße zu bringen. Im Nu war die verkehrsreiche Straße von Straßenbahnwagen und Fuhrwerk aller Art gesperrt. Erst den vereinten Bemühungen der Angehörigen der Straßenbahn gelang es, den Wagen wieder in die richtige Lage zur Straßenbahnstraße und zur Weiterfahrt zu bringen.

In den Tod gegangen? Am 9. d. M., Vormittags wurde am Strauchweg in der alten Ober ein hellgrüner Winterüberzieher ein braunes Jackett und ein Spagierkleid gefunden. Vermutlich hat an dieser Stelle ein Mann Selbstmord verübt.

Kermisfest werden seit Mitte August der Arbeiter-Deinrich-Hauer-„Unterstraße 17, seit dem 26. September der Diebstahl-Moder-Lich.

Feuer in Klein-Gandau. Am 9. d. M. Abends gegen 8 Uhr wurde die Feuerwache nach Klein-Gandau gerufen, wo der Bohmannen eines Holzhaubtelers in Brand geraten war. Gegen 9 1/2 Uhr erfolgte ein Alarm nach der Rildesstraße 74. Die Feuerwehr, bestehend aus 60 Mann, wurde auf einer Fahrt von 10 Minuten zum Brandort gebracht. Beide Brände wurden mit einigen Eimern Wasser gelöscht.

Einbruch. Aus einer Wohnung auf der Gräbchenstraße wurde ein Einbruch gemeldet. Ein Kasten mit Geld und

